

(A) Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/12436 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales auf Drucksache 17/12474. Zunächst stimmen wir ab über die Buchstaben b und e der Beschlussempfehlung, zu denen die Fraktion Die Linke namentliche Abstimmung verlangt hat.

Wir kommen zur ersten namentlichen Abstimmung. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/10991 mit dem Titel „Rente erst ab 67 sofort vollständig zurücknehmen“.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Plätze einzunehmen. – Sind die Urnen besetzt? – Das ist offenkundig der Fall. Dann eröffne ich die Abstimmung zu Buchstabe b der Beschlussempfehlung und bitte, die Stimmkarten einzuwerfen.

Haben alle anwesenden Abgeordneten ihre Stimmkarte eingeworfen? – Das ist offenkundig der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte, mit der Auszählung zu beginnen.

(B) Nun kommen wir zur zweiten namentlichen Abstimmung.

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales empfiehlt unter Buchstabe e seiner Beschlussempfehlung wiederum die Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/10994 mit dem Titel „Kindererziehung in der Rente besser berücksichtigen“. – Die Urnen sind noch besetzt. Dann eröffne ich die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten einzuwerfen.

Haben alle anwesenden Abgeordneten ihre Stimmkarte zur zweiten namentlichen Abstimmung eingeworfen? – Dann schließe ich die Abstimmung und bitte, mit der Auszählung zu beginnen. Die Ergebnisse der Abstimmungen werden Ihnen später bekannt gegeben.¹⁾

Ich möchte Sie bitten, sich auf Ihre Plätze zu begeben, da wir noch mehrere einfache Abstimmungen durchzuführen haben. Diejenigen, die nicht mehr teilnehmen wollen, bitte ich, den Saal zu verlassen, damit ich einen Überblick bekomme.

Wir setzen die Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales auf Drucksache 17/12474 zu sechs weiteren Anträgen der Fraktion Die Linke fort.

Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags auf

Drucksache 17/10990 mit dem Titel „Wiederherstellung eines Lebensstandard sichernden und strukturell armutsfesten Rentenniveaus“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und den Stimmen der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und bei Enthaltung der SPD. (C)

Unter Buchstabe c empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10992 mit dem Titel „Risiko der Erwerbsminderung besser absichern“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Linken und bei Enthaltung von SPD und Grünen.

Weiterhin empfiehlt der Ausschuss unter Buchstabe d seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10993 mit dem Titel „Rentenbeiträge für Langzeiterwerbslose wieder einführen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion bei Gegenstimmen der Linken und Enthaltung der Grünen.

Unter Buchstabe f seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10995 mit dem Titel „Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Grünen bei Gegenstimmen der Linken und Enthaltung der SPD-Fraktion. (D)

Des Weiteren empfiehlt der Ausschuss unter Buchstabe g seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10997 mit dem Titel „Eine solidarische Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Gegenstimmen der Linken und Enthaltung von SPD und Grünen.

Schließlich empfiehlt der Ausschuss unter Buchstabe h seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/10998 mit dem Titel „Altersarmut wirksam bekämpfen – Solidarische Mindestrente einführen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen mit den Stimmen aller Fraktionen bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 38 a bis 38 c auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dorothee Bär, Markus Grübel, Ingrid Fischbach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Nicole

¹⁾ Ergebnisse Seite 28271 A und 28273 C

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- (A) Bracht-Bendt, Miriam Gruß, Rainer Brüderle und der Fraktion der FDP

Entgeltgleichheit für Frauen und Männer wirklichen – Familienfreundliche Unternehmen als Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter

– Drucksache 17/12483 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (f)
Rechtsausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Haushaltsausschuss

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Christel Humme, Caren Marks, Willi Brase, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Gleichstellung – Fortschritt – Jetzt – Durch eine konsistente Gleichstellungspolitik

– Drucksache 17/12487 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (f)
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Haushaltsausschuss

- (B) c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Renate Künast, Ekin Deligöz, Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf durchsetzen

– Drucksache 17/12497 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (f)
Rechtsausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind dafür eineinhalb Stunden vorgesehen. Gibt es Widerspruch dagegen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin das Wort der Bundesministerin Dr. Kristina Schröder.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Kristina Schröder, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt eine Frage, mit der viele Frauen sich früher oder später konfrontiert sehen, sei es im Vorstellungsgespräch, beim Wiedereinstieg oder als gestandene Führungskraft. Diese Frage kommt gerne in Kombination

mit hochgezogenen Augenbrauen daher, und sie lautet: (C) Wie machen Sie das eigentlich mit Ihrem Kind?

Jede berufstätige Mutter, die ich kenne, hat diese Frage in ihrem Leben schon einmal gehört und sich darüber geärgert, zum einen, weil diese Frage Vätern fast nie gestellt wird,

(Rita Pawelski [CDU/CSU]: So ist es!)

zum anderen aber auch, weil der Subtext dieser Frage lautet: Sie sind doch jetzt mit diesem Handicap nicht mehr leistungsfähig.

Die banale Frage „Wie machen Sie das eigentlich mit Ihrem Kind?“ sagt deshalb viel über die Gründe von ungleich verteilten Chancen von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft aus. Wir haben eine Arbeitswelt, in der Leistungsfähigkeit mit uneingeschränkter Verfügbarkeit gleichgesetzt wird. Das ist einer der wesentlichen Gründe dafür, warum Frauen in den Top-Führungspositionen immer noch deutlich unterrepräsentiert sind und warum Frauen im Durchschnitt 22 Prozent weniger verdienen als Männer.

Wir reden also über ein kulturelles Problem.

(Christel Humme [SPD]: Welche Überraschung!)

Faire Chancen haben viel zu tun mit der Art, wie Leistung im Unternehmen definiert wird und wie Arbeit koordiniert wird. Sie haben mit der Frage zu tun, ob Präsenz belohnt wird oder ob Effizienz belohnt wird, ob Meetings in der Regel vor 17 Uhr stattfinden oder nach 19 Uhr und ob auch in Führungspositionen Teilzeitarbeit (D) möglich ist.

Faire Chancen haben also viel zu tun mit einer Arbeitskultur des Respekts vor familiärer Verantwortung. Das muss unsere Botschaft zum 102. Internationalen Frauentag sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wie hoch der Preis ist, den Frauen zurzeit für familiäre Fürsorge zahlen, kann man ganz einfach an den Gehaltsstatistiken des Statistischen Bundesamtes ablesen. Berufseinsteigerinnen verdienen etwa genauso viel wie Berufseinsteiger. Die Lücke beträgt 2 Prozent. Bei den 25- bis 29-Jährigen beträgt die Lücke dann schon 8 Prozent, und bei den 35- bis 39-Jährigen liegt sie dann bei über 20 Prozent.

(Christel Humme [SPD]: Welche Überraschung!)

Diese Zahlen sagen nicht, dass Frauen in den gleichen Berufen und Positionen prinzipiell schlechter bezahlt werden als Männer. Es handelt sich um Durchschnittswerte für alle berufstätigen Frauen und Männer unabhängig von der Qualifikation, der Berufserfahrung, der Position und der Ausbildung.

Ein erheblicher Teil der Lohnlücke von 22 Prozent erklärt sich dadurch, dass Frauen und Männer unterschiedliche Studienfächer und unterschiedliche Ausbildungsberufe wählen: Über 70 Prozent der Studienanfänger in den Kultur- und Sprachwissenschaften sind weiblich,

Bundesministerin Dr. Kristina Schröder

- (A) während der Frauenanteil in den Ingenieurwissenschaften bei 20 Prozent liegt. Das wirkt sich natürlich auch auf die Durchschnittsgehälter aus: Ein Ingenieur wird in der Regel besser bezahlt als eine Germanistin – eine Ingenieurin aber auch.

Was man an den Durchschnittszahlen aber ablesen kann, ist eine der wesentlichen Ursachen für schlechtere Einkommensperspektiven von Frauen: Dass Frauen im Durchschnitt schlechter bezahlt werden, hat vor allen Dingen damit zu tun, dass sie Mütter sind oder Mütter werden könnten. Ein Entgeltgleichheitsgesetz, wie SPD und Grüne es fordern, geht deswegen nach meiner Überzeugung völlig an den Problemen vorbei.

(Elke Ferner [SPD]: *Sie* gehen an den Problemen vorbei!)

Das Problem vieler Frauen ist doch, dass sie, wenn sie einmal im Job pausiert haben oder wenn sie Teilzeit arbeiten wollen, gar keine gleichwertigen Aufgaben mehr bekommen. Zeit für Familie wird bestraft mit schlechten Chancen; das ist die Ungerechtigkeit, und da müssen wir an die Ursachen ran.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Christel Humme [SPD]: Was ist mit den Frauen, die benachteiligt werden und keine Kinder haben? Dummes Zeug!)

- (B) Zum einen müssen wir sicherstellen, dass alle Mütter und Väter, die arbeiten wollen, gute Betreuung für ihr Kind bekommen; denn eines ist völlig klar: Familie und Beruf gehen nur dort zusammen, wo es ausreichend Kitaplätze gibt. Letzte Woche hat der Landkreistag ganz aktuelle Zahlen vorgelegt, die zeigen, dass die meisten Landkreise rechtzeitig zum Inkrafttreten des Rechtsanspruchs den Bedarf an Kitaplätzen decken werden. Probleme haben diejenigen Großstädte, die das Thema zu lange vor sich hergeschoben haben. Aber auch hier wird der Bund alles tun, um diesen Städten beim Aufholen zu helfen.

Zum anderen brauchen wir aber auch Veränderungen in der Arbeitswelt, die Frauen den Weg nach oben ebnen. Die DAX-30-Unternehmen haben daher, auf meine Initiative hin,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh!)

individuelle Ziele für den Frauenanteil in Führungspositionen beschlossen,

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie revolutionär! – Zuruf von der SPD: Das ist der Knaller!)

und zwar für alle Führungspositionen. Wenn diese Ziele umgesetzt werden, dann wird das allein in den DAX-30-Unternehmen 5 400 Frauen den Weg in Führungspositionen ebnen.

(Mechthild Rawert [SPD]: Wenn das Wörtchen „wenn“ nicht wär!)

(C) Die Unternehmen müssen sich daran messen lassen, an ihren eigenen Zielen, aber auch an den Zielen anderer Unternehmen derselben Branche. Sie müssen diese Ziele rechtfertigen: vor der eigenen Belegschaft, vor dem eigenen Betriebsrat, vor einer kritischen Öffentlichkeit. Mir sagen viele Personaler, dass genau dieses öffentliche Rechtfertigen-Müssen, dieser Druck,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Den gab es ja schon vor Ihnen!)

diese Transparenz die Veränderungen in Gang setzen, die dringend notwendig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Neben der Politik und den einzelnen Unternehmen stehen aber auch die Tarifpartner in der Verantwortung, meine Damen und Herren, für faire Chancen und gleiche Einkommen zu sorgen.

(Mechthild Rawert [SPD]: Wo stehen Sie denn in der Verantwortung?)

(D) Wichtig ist zum einen, sich bei Tarifverhandlungen nicht einseitig am typisch männlichen Lebensmodell mit der Vollzeitberufsbiografie zu orientieren. Zum anderen brauchen wir aber auch dringend eine Neubewertung typischer Frauenberufe. Männertypische Berufe werden vielfach deshalb besser bezahlt als frauentypische Berufe, weil besondere Belastungen anders gewichtet werden. Bei Müllmännern zum Beispiel ist das Heben schwerer Lasten ein Kriterium für die Arbeitsplatzbewertung – das ist auch richtig so –; bei Pflegeberufen, die vor allen Dingen von Frauen ausgeübt werden, ist das jedoch nicht der Fall, obwohl zur körperlichen Belastung oft auch noch die psychische Belastung hinzukommt. Wir brauchen Verfahren für geschlechtergerechte Lohnfindung. Frauen verdienen mehr; das gilt für viele frauentypische Berufe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Gleichberechtigung und faire Chancen für Frauen zu fördern, bleibt eine wichtige Aufgabe, meine Damen und Herren. Bei allen Meinungsverschiedenheiten über die Wahl der Mittel sollten wir gerade im Hinblick auf den Internationalen Frauentag nicht vergessen, dass uns auch etwas eint: Wir alle streiten für eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer dieselben Chancen haben.

(Caren Marks [SPD]: Sie nicht! Sie sagen das nur!)

Dieser Streit ist kein erstarrtes Frauentagsritual, sondern ein produktives Ringen um den besten Weg. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass unsere Töchter, aber auch unsere Söhne davon profitieren werden.

(Christel Humme [SPD]: So lange kann ich jetzt nicht mehr warten!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(A) **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Ich gebe Ihnen jetzt die von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelten **Ergebnisse der beiden namentlichen Abstimmungen** bekannt:

Erstens. Namentliche Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales auf der Drucksache 17/12474, Buchstabe b, zu

dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Rente erst ab 67 sofort vollständig zurücknehmen“ auf der Drucksache 17/10991. Abgegeben wurden 524 Stimmen. Mit Ja haben gestimmt 457, mit Nein haben gestimmt 58. 9 Kolleginnen und Kollegen haben sich enthalten. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen. (C)

Endgültiges Ergebnis	
Abgegebene Stimmen:	522;
davon	
ja:	456
nein:	57
enthalten:	9

Ja

CDU/CSU

- Ilse Aigner
- Peter Altmaier
- Peter Aumer
- Dorothee Bär
- Norbert Barthle
- Günter Baumann
- Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
- Manfred Behrens (Börde)
- Veronika Bellmann
- Peter Beyer
- Steffen Bilger
- Clemens Binninger
- Peter Bleser
- Dr. Maria Böhmer
- Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
- Wolfgang Bosbach
- Norbert Brackmann
- Klaus Brähmig
- Michael Brand
- Dr. Reinhard Brandl
- Helmut Brandt
- Dr. Ralf Brauksiepe
- Dr. Helge Braun
- Heike Brehmer
- Ralph Brinkhaus
- Cajus Caesar
- Gitta Connemann
- Alexander Dobrindt
- Thomas Dörflinger
- Marie-Luise Dött
- Dr. Thomas Feist
- Enak Ferlemann
- Ingrid Fischbach
- Hartwig Fischer (Göttingen)
- Dirk Fischer (Hamburg)
- Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
- Dr. Maria Flachsbarth
- Klaus-Peter Flosbach
- Herbert Frankenhauser
- Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)

- Michael Frieser
- Erich G. Fritz
- Hans-Joachim Fuchtel
- Alexander Funk
- Ingo Gädechens
- Dr. Peter Gauweiler
- Dr. Thomas Gebhart
- Norbert Geis
- Alois Gerig
- Eberhard Gienger
- Josef Göppel
- Peter Götz
- Ute Granold
- Reinhard Grindel
- Hermann Gröhe
- Michael Grosse-Brömer
- Markus Grübel
- Manfred Grund
- Monika Grütters
- Olav Gutting
- Florian Hahn
- Dr. Stephan Harbarth
- Gerda Hasselfeldt
- Dr. Matthias Heider
- Helmut Heiderich
- Mechthild Heil
- Frank Heinrich
- Rudolf Henke
- Michael Hennrich
- Ansgar Heveling
- Ernst Hinsken
- Peter Hintze
- Christian Hirte
- Robert Hochbaum
- Karl Holmeier
- Franz-Josef Holzenkamp
- Joachim Hörster
- Anette Hübinger
- Hubert Hüppe
- Thomas Jarzombek
- Dieter Jasper
- Dr. Franz Josef Jung
- Andreas Jung (Konstanz)
- Dr. Egon Jüttner
- Bartholomäus Kalb
- Hans-Werner Kammer
- Steffen Kampeter
- Alois Karl
- Bernhard Kaster
- Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
- Volker Kauder
- Dr. Stefan Kaufmann
- Roderich Kiesewetter
- Volkmar Klein
- Jürgen Klimke

- Axel Knoerig
- Jens Koeppen
- Dr. Rolf Koschorrek
- Hartmut Koschyk
- Thomas Kossendey
- Michael Kretschmer
- Gunther Krichbaum
- Dr. Günter Krings
- Rüdiger Kruse
- Bettina Kudla
- Dr. Hermann Kues
- Günter Lach
- Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
- Andreas G. Lämmel
- Dr. Norbert Lammert
- Katharina Landgraf
- Dr. Max Lehmer
- Paul Lehrieder
- Dr. Ursula von der Leyen
- Ingbert Liebing
- Matthias Lietz
- Dr. Carsten Linnemann
- Patricia Lips
- Dr. Jan-Marco Luczak
- Daniela Ludwig
- Dr. Michael Luther
- Karin Maag
- Dr. Thomas de Maizière
- Hans-Georg von der Marwitz
- Andreas Mattfeldt
- Stephan Mayer (Altötting)
- Dr. Michael Meister
- Dr. Angela Merkel
- Maria Michalk
- Dr. Mathias Middelberg
- Philipp Mißfelder
- Dietrich Monstadt
- Dr. Gerd Müller
- Stefan Müller (Erlangen)
- Dr. Philipp Murmann
- Michaela Noll
- Franz Obermeier
- Eduard Oswald
- Henning Otte
- Dr. Michael Paul
- Rita Pawelski
- Ulrich Petzold
- Dr. Joachim Pfeiffer
- Sibylle Pfeiffer
- Beatrix Philipp
- Ronald Pofalla
- Christoph Poland
- Ruprecht Polenz
- Eckhard Pols
- Thomas Rachel

- Dr. Peter Ramsauer
- Lothar Rietsamen
- Josef Rief
- Klaus Riegert
- Dr. Heinz Riesenhuber
- Johannes Röring
- Dr. Norbert Röttgen
- Dr. Christian Ruck
- Erwin Rüdell
- Albert Rupprecht (Weiden)
- Anita Schäfer (Saalstadt)
- Dr. Wolfgang Schäuble
- Dr. Annette Schavan
- Dr. Andreas Scheuer
- Karl Schiewerling
- Norbert Schindler
- Tankred Schipanski
- Georg Schirmbeck
- Christian Schmidt (Fürth)
- Patrick Schnieder
- Dr. Andreas Schockenhoff
- Nadine Schön (St. Wendel)
- Dr. Kristina Schröder (Wiesbaden)
- Dr. Ole Schröder
- Bernhard Schulte-Drüggelte
- Uwe Schummer
- Armin Schuster (Weil am Rhein)
- Detlef Seif
- Johannes Selle
- Reinhold Sendker
- Dr. Patrick Sensburg
- Bernd Siebert
- Thomas Silberhorn
- Johannes Singhammer
- Jens Spahn
- Carola Stauche
- Dr. Frank Steffel
- Erika Steinbach
- Christian Freiherr von Stetten
- Dieter Stier
- Gero Storjohann
- Stephan Stracke
- Max Straubinger
- Karin Strenz
- Lena Strothmann
- Michael Stübgen
- Dr. Peter Tauber
- Antje Tillmann
- Dr. Hans-Peter Uhl
- Arnold Vaatz
- Volkmar Vogel (Kleinsaa)
- Stefanie Vogelsang
- Andrea Astrid Voßhoff
- Dr. Johann Wadepful

(B) Peter Beyer (D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

- | | | | | | |
|-----|--|---|---|---|-----|
| (A) | <p>Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar G. Wöhrle
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöllner
Willi Zylajew</p> <p>SPD</p> <p>Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Sören Bartol
Bärbel Bas
Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Dirk Becker
Uwe Beckmeyer
Gerd Bollmann
Willi Brase
Edelgard Bulmahn
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Sebastian Edathy
Ingo Eglöf
Siegmund Ehrmann
Petra Ernstberger
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Glöser
Angelika Graf (Rosenheim)
Kerstin Griese
Gabriele Gronenberg
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Hubertus Heil (Peine)
Wolfgang Hellmich
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Petra Hinz (Essen)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil</p> | <p>Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Anette Kramme
Angelika Krüger-Leißner
Christine Lambrecht
Dr. Karl Lauterbach
Burkhard Lischka
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Petra Merkel (Berlin)
Ulrich Meßner
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Stefan Rebmann
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Marlene Rupprecht
(Tuchenbach)
Annette Sawade
Axel Schäfer (Bochum)
Marianne Schieder
(Schwandorf)
Ulla Schmidt (Aachen)
Carsten Schneider (Erfurt)
Swen Schulz (Spandau)
Frank Schwabe
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnies
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Dr. Dieter Wiefelspütz
Uta Zapf
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries</p> <p>FDP</p> <p>Jens Ackermann</p> | <p>Christine Aschenberg-Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernschneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Helga Daub
Reiner Deutschmann
Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Hans-Werner Ehrenberg
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombeck
Dr. Christel Happach-Kasan
Manuel Höferlin
Birgit Homburger
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Holger Krestel
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Lars Lindemann
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Oliver Luksic
Patrick Meinhardt
Gabriele Molitor
Jan Mücke
Burkhardt Müller-Sönksen
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-Damerau
Jörg von Polheim
Dr. Birgit Reinemund
Hagen Reinhold
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Frank Schäffler
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling</p> | <p>Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thomae
Manfred Todtenhausen
Dr. Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel
(Lüdenscheid)
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)</p> <p>BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN</p> <p>Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Cornelia Behm
Birgitt Bender
Agnes Brugger
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Harald Ebner
Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Susanne Kieckbusch
Sven-Christian Kindler
Ute Koczy
Tom Koenigs
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Dr. Tobias Lindner
Nicole Maisch
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Krista Sager
Elisabeth Scharfenberg
Dr. Gerhard Schick
Ulrich Schneider
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Daniela Wagner
Beate Walter-Rosenheimer
Wolfgang Wieland
Josef Philip Winkler</p> | (C) |
| (B) | <p>Elvira Drobinski-Weiß
Sebastian Edathy
Ingo Eglöf
Siegmund Ehrmann
Petra Ernstberger
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Glöser
Angelika Graf (Rosenheim)
Kerstin Griese
Gabriele Gronenberg
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Hubertus Heil (Peine)
Wolfgang Hellmich
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Petra Hinz (Essen)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil</p> | <p>Marlene Rupprecht
(Tuchenbach)
Annette Sawade
Axel Schäfer (Bochum)
Marianne Schieder
(Schwandorf)
Ulla Schmidt (Aachen)
Carsten Schneider (Erfurt)
Swen Schulz (Spandau)
Frank Schwabe
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnies
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Dr. Dieter Wiefelspütz
Uta Zapf
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries</p> | <p>Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Holger Krestel
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Lars Lindemann
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Oliver Luksic
Patrick Meinhardt
Gabriele Molitor
Jan Mücke
Burkhardt Müller-Sönksen
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-Damerau
Jörg von Polheim
Dr. Birgit Reinemund
Hagen Reinhold
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Frank Schäffler
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling</p> | <p>Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Susanne Kieckbusch
Sven-Christian Kindler
Ute Koczy
Tom Koenigs
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Dr. Tobias Lindner
Nicole Maisch
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Krista Sager
Elisabeth Scharfenberg
Dr. Gerhard Schick
Ulrich Schneider
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Daniela Wagner
Beate Walter-Rosenheimer
Wolfgang Wieland
Josef Philip Winkler</p> | (D) |

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt(A) **Nein****DIE LINKE**

Jan van Aken
 Agnes Alpers
 Dr. Dietmar Bartsch
 Herbert Behrens
 Karin Binder
 Matthias W. Birkwald
 Steffen Bockhahn
 Eva Bulling-Schröter
 Dr. Martina Bunge
 Roland Claus
 Dr. Diether Dehm
 Heidrun Dittrich
 Werner Dreibus
 Dr. Dagmar Enkelmann
 Klaus Ernst
 Nicole Gohlke
 Diana Golze

Annette Groth
 Dr. Gregor Gysi
 Heike Hänsel
 Dr. Rosemarie Hein
 Dr. Barbara Höll
 Andrej Hunko
 Ulla Jelpke
 Harald Koch
 Jan Korte
 Jutta Krellmann
 Katrin Kunert
 Caren Lay
 Sabine Leidig
 Ralph Lenkert
 Ulla Lötzer
 Dr. Gesine Löttsch
 Thomas Lutze
 Dorothee Menzner
 Niema Movassat
 Thomas Nord
 Petra Pau

Yvonne Ploetz
 Michael Schlecht
 Dr. Ilja Seifert
 Kathrin Senger-Schäfer
 Raju Sharma
 Dr. Petra Sitte
 Sabine Stüber
 Alexander Süßmair
 Dr. Kirsten Tackmann
 Frank Tempel
 Dr. Axel Troost
 Kathrin Vogler
 Johanna Voß
 Sahra Wagenknecht
 Halina Wawzyniak
 Harald Weinberg
 Katrin Werner
 Jörn Wunderlich

**fraktionsloser
Abgeordneter**

Wolfgang Nešković

Enthalten**SPD**

Gabriele Hiller-Ohm
 Steffen-Claudio Lemme

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Thilo Hoppe
 Uwe Kekeritz
 Maria Klein-Schmeink
 Monika Lazar
 Beate Müller-Gemmeke
 Dr. Hermann Ott
 Arfst Wagner (Schleswig)

(C)

Zweitens. Namentliche Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales auf der Drucksache 17/12474, Buchstabe e, zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Kindererziehung in der Rente besser berücksichtigen“ auf

der Drucksache 17/10994. Abgegeben wurden 520 Stimmen. Mit Ja haben gestimmt 296 Kolleginnen und Kollegen, mit Nein 60. Es gab 164 Enthaltungen. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

(B) **Endgültiges Ergebnis**
 Abgegebene Stimmen: 520;
 davon
 ja: 296
 nein: 60
 enthalten: 164

Ja**CDU/CSU**

Ilse Aigner
 Peter Altmaier
 Peter Aumer
 Dorothee Bär
 Norbert Barthle
 Günter Baumann
 Ernst-Reinhard Beck
 (Reutlingen)
 Manfred Behrens (Börde)
 Veronika Bellmann
 Peter Beyer
 Steffen Bilger
 Clemens Binninger
 Peter Bleser
 Dr. Maria Böhmer
 Wolfgang Börnsen
 (Bönstrup)
 Wolfgang Bosbach
 Norbert Brackmann
 Klaus Brähmig
 Michael Brand
 Dr. Reinhard Brandl
 Helmut Brandt

Dr. Ralf Brauksiepe
 Dr. Helge Braun
 Heike Brehmer
 Ralph Brinkhaus
 Cajus Caesar
 Gitta Connemann
 Alexander Dobrindt
 Thomas Dörflinger
 Marie-Luise Dött
 Dr. Thomas Feist
 Enak Ferlemann
 Ingrid Fischbach
 Hartwig Fischer (Göttingen)
 Dirk Fischer (Hamburg)
 Axel E. Fischer (Karlsruhe-
 Land)
 Dr. Maria Flachsbarth
 Klaus-Peter Flosbach
 Herbert Frankenhauser
 Dr. Hans-Peter Friedrich
 (Hof)
 Michael Frieser
 Erich G. Fritz
 Hans-Joachim Fuchtel
 Alexander Funk
 Ingo Gädechens
 Dr. Peter Gauweiler
 Dr. Thomas Gebhart
 Norbert Geis
 Alois Gerig
 Eberhard Gienger
 Josef Göppel
 Peter Götz
 Ute Granold
 Reinhard Grindel

Hermann Gröhe
 Michael Grosse-Brömer
 Markus Grübel
 Manfred Grund
 Monika Grütters
 Olav Gutting
 Florian Hahn
 Dr. Stephan Harbarth
 Gerda Hasselfeldt
 Dr. Matthias Heider
 Helmut Heiderich
 Mechthild Heil
 Frank Heinrich
 Rudolf Henke
 Michael Hennrich
 Ansgar Heveling
 Ernst Hinsken
 Peter Hintze
 Christian Hirte
 Robert Hochbaum
 Karl Holmeier
 Franz-Josef Holzenkamp
 Joachim Hörster
 Anette Hübinger
 Hubert Hüppe
 Thomas Jarzombek
 Dieter Jasper
 Dr. Franz Josef Jung
 Andreas Jung (Konstanz)
 Dr. Egon Jüttner
 Bartholomäus Kalb
 Hans-Werner Kammer
 Steffen Kampeter
 Bernhard Kaster

Siegfried Kauder (Villingen-
Schwenningen)

Volker Kauder
 Dr. Stefan Kaufmann
 Roderich Kiesewetter
 Volkmar Klein
 Jürgen Klimke
 Axel Knoerig
 Jens Koeppen
 Dr. Rolf Koschorrek
 Hartmut Koschyk
 Thomas Kossendey
 Michael Kretschmer
 Gunther Krichbaum
 Dr. Günter Krings
 Rüdiger Kruse
 Bettina Kudla
 Dr. Hermann Kues
 Günter Lach
 Dr. Karl A. Lamers
 (Heidelberg)
 Andreas G. Lämmel
 Dr. Norbert Lammert
 Katharina Landgraf
 Dr. Max Lehmer
 Paul Lehrieder
 Dr. Ursula von der Leyen
 Ingbert Liebing
 Matthias Lietz
 Dr. Carsten Linnemann
 Patricia Lips
 Dr. Jan-Marco Luczak
 Daniela Ludwig
 Dr. Michael Luther
 Karin Maag

(D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

- | | | | | | |
|-----|---|---|--|---|-----|
| (A) | Dr. Thomas de Maizière
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Maria Michalk
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Dr. Gerd Müller
Stefan Müller (Erlangen)
Dr. Philipp Murmann
Michaela Noll
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Henning Otte
Dr. Michael Paul
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Christoph Polanz
Ruprecht Polenz
Eckhard Pols
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring | Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaar)
Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar G. Wöhrl
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöllner
Willi Zylajew | Pascal Kober
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Holger Krestel
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Lars Lindemann
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Oliver Luksic
Patrick Meinhardt
Gabriele Molitor
Jan Mücke
Burkhardt Müller-Sönksen
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-Damerau
Jörg von Polheim
Dr. Birgit Reinemund
Hagen Reinhold
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Frank Schäffler
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thomae
Manfred Todtenhausen
Dr. Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel (Lüdenscheid)
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr) | Eva Bulling-Schröter
Dr. Martina Bunge
Roland Claus
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Wolfgang Gehrcke
Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Dr. Gregor Gysi
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Dr. Barbara Höll
Andrej Hunko
Ulla Jelpke
Harald Koch
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Lötzsck
Thomas Lutze
Dorothee Menzner
Niema Movassat
Thomas Nord
Petra Pau
Yvonne Plotz
Michael Schlecht
Dr. Ilja Seifert
Kathrin Senger-Schäfer
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Sabine Stüber
Alexander Süßmair
Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Kathrin Vogler
Johanna Voß
Sahra Wagenknecht
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Katrin Werner
Jörn Wunderlich | (C) |
| (B) | Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Erwin Rüdell
Albert Rupprecht (Weiden)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Dr. Annette Schavan
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Georg Schirmbeck
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Nadine Schön (St. Wendel)
Dr. Kristina Schröder (Wiesbaden)
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Bernd Siebert
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffell
Erika Steinbach | SPD
Hans-Ulrich Klose

FDP
Jens Ackermann
Christine Aschenberg-Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernschneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Helga Daub
Reiner Deutschmann
Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Hans-Werner Ehrenberg
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Dr. Edmund Peter Geisen
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombeck
Dr. Christel Happach-Kasan
Manuel Höferlin
Birgit Homburger
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek | Nein

SPD
Wolfgang Gunkel
Rüdiger Veit

DIE LINKE
Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Karin Binder
Matthias W. Birkwald
Steffen Bockhahn | fraktionsloser Abgeordneter
Wolfgang Nešković

Enthalten
SPD
Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Sören Bartol
Bärbel Bas
Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Dirk Becker
Uwe Beckmeyer | (D) |

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

(A)	Gerd Bollmann Willi Brase Edelgard Bulmahn Martin Burkert Petra Crone Dr. Peter Danckert Martin Dörmann Elvira Drobinski-Weiß Sebastian Edathy Ingo Egloff Siegmund Ehrmann Petra Ernstberger Elke Ferner Gabriele Fograscher Dr. Edgar Franke Michael Gerdes Martin Gerster Iris Gleicke Günter Gloser Angelika Graf (Rosenheim) Kerstin Griese Gabriele Groneberg Michael Groß Bettina Hagedorn Klaus Hagemann Hubertus Heil (Peine) Wolfgang Hellmich Rolf Hempelmann Dr. Barbara Hendricks Gustav Herzog Gabriele Hiller-Ohm Petra Hinz (Essen) Dr. Eva Högl Christel Humme Oliver Kaczmarek Johannes Kahrs Dr. h. c. Susanne Kastner Ulrich Kelber Lars Klingbeil Dr. Bärbel Kofler Daniela Kolbe (Leipzig)	Anette Kramme Angelika Krüger-Leißner Christine Lambrecht Dr. Karl Lauterbach Steffen-Claudio Lemme Burkhard Lischka Kirsten Lühmann Caren Marks Petra Merkel (Berlin) Ullrich Meßmer Dr. Matthias Miersch Franz Müntefering Dr. Rolf Mützenich Dietmar Nietan Manfred Nink Thomas Oppermann Aydan Özoğuz Heinz Paula Johannes Pflug Joachim Poß Dr. Wilhelm Priesmeier Florian Pronold Dr. Sascha Raabe Mechthild Rawert Stefan Rebmann Gerold Reichenbach Dr. Carola Reimann Sönke Rix René Röspel Dr. Ernst Dieter Rossmann Karin Roth (Esslingen) Marlene Rupprecht (Tuchenbach) Annette Sawade Axel Schäfer (Bochum) Marianne Schieder (Schwandorf) Ulla Schmidt (Aachen) Carsten Schneider (Erfurt) Swen Schulz (Spandau) Frank Schwabe	Dr. Martin Schwanholz Rolf Schwanitz Stefan Schwartz Rita Schwarzelühr-Sutter Dr. Carsten Sieling Sonja Steffen Peer Steinbrück Dr. Frank-Walter Steinmeier Christoph Strässer Kerstin Tack Dr. h. c. Wolfgang Thierse Franz Thönes Wolfgang Tiefensee Dr. Marlies Volkmer Andrea Wicklein Dr. Dieter Wiefelspütz Uta Zapf Dagmar Ziegler Manfred Zöllmer Brigitte Zypries	Thilo Hoppe Uwe Kekерitz Susanne Kieckbusch Sven-Christian Kindler Maria Klein-Schmeink Ute Koczy Tom Koenigs Sylvia Kotting-Uhl Oliver Krischer Renate Künast Markus Kurth Undine Kurth (Quedlinburg) Monika Lazar Dr. Tobias Lindner Nicole Maisch Jerzy Montag Kerstin Müller (Köln) Beate Müller-Gemmeke Dr. Konstantin von Notz Omid Nouripour Friedrich Ostendorff Dr. Hermann E. Ott Brigitte Pothmer Tabea Rößner Krista Sager Elisabeth Scharfenberg Dr. Gerhard Schick Ulrich Schneider Dorothea Steiner Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn Hans-Christian Ströbele Dr. Harald Terpe Markus Tressel Daniela Wagner Beate Walter-Rosenheimer Arfst Wagner (Schleswig) Wolfgang Wieland Josef Philip Winkler	(C)
		BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Marieluise Beck (Bremen) Volker Beck (Köln) Cornelia Behm Birgitt Bender Agnes Brugger Ekin Deligöz Katja Dörner Harald Ebner Hans-Josef Fell Dr. Thomas Gambke Kai Gehring Katrin Göring-Eckardt Britta Haßelmann Bettina Herlitzius Dr. Anton Hofreiter Bärbel Höhn Ingrid Hönlinger			
(B)				(D)	

Wir fahren in unserer Debatte fort, und ich gebe das Wort der Kollegin Caren Marks für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Caren Marks (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Frau Schröder, Ihre Rede hat erneut bewiesen: Sie haben Ihre Aufgabe als Frauenministerin definitiv nicht verstanden. Schade!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Und täglich grüßt das Murmeltier! – Gegenruf der Abg. Christel Humme [SPD]: Bei Ihnen auch, Frau Bär! – Dr. Stefan Ruppert [FDP]: Totaler Unsinn! Das war eine total differenzierte Rede!)

In der nächsten Woche, am 8. März 2013, begehen wir wieder den Internationalen Frauentag. Für die

Frauen hier in Deutschland ist das nach fast vier Jahren Schwarz-Gelb kein Grund zum Feiern: vier verlorene Jahre für Frauen, vier verlorene Jahre für die Gleichstellungspolitik. Kanzlerin Merkel, Frauenministerin Schröder sowie die gesamte schwarz-gelbe Koalition haben gleichstellungspolitisch nichts, aber auch wirklich gar nichts zuwege gebracht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Markus Grübel [CDU/CSU]: 300 000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige!)

– Herr Grübel, es ist auch nichts mehr zu erwarten, wie der aktuelle Antrag der Koalition zeigt: Unverbindlichkeiten, Prüfaufträge und lauter inhaltslose Sätze. Lauter vertane Chancen, auch erneut in Ihrem Koalitionsantrag.

Noch heute, im 21. Jahrhundert, fehlen in Deutschland Strukturen, die Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen. Frauen haben nach wie vor nicht die gleichen Chancen. Sie verdienen

Caren Marks

- (A) für gleiche und gleichwertige Arbeit deutlich weniger als Männer. Die Lohnlücke beträgt skandalöse 22 Prozent.

Frauen arbeiten überdurchschnittlich oft in prekärer Beschäftigung. Sie stellen die Mehrheit in den Minijobs, arbeiten zudem oft in Teilzeit und bleiben viel zu häufig in dieser stecken. Frauen sind trotz bester Ausbildung kaum in Führungsfunktionen zu finden.

Das sind nur einige Beispiele. Diese Aufzählung ließe sich leider verlängern. Obwohl dies alles bekannt ist, ist nichts geschehen, hat Schwarz-Gelb gleichstellungspolitisch nichts bewegt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist umso unverständlicher vor dem Hintergrund des wirklich sehr guten Sachverständigenutachtens für den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. In diesem Bericht wird nicht nur die Situation dargelegt. Vielmehr werden auch konkrete Vorschläge dafür gemacht, wie eine konsistente Gleichstellungspolitik für den Lebensverlauf erreicht werden kann – eine Gleichstellungspolitik aus einem Guss, Frau Schröder, eine Gleichstellungspolitik ohne Widersprüche, eine Gleichstellungspolitik des Handelns.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die SPD-Bundestagsfraktion hat hierzu konkrete Lösungsvorschläge vorgelegt, sowohl einen Gesetzentwurf zur Quote als auch einen zur Entgeltgleichheit. Viele weitere Lösungsvorschläge, etwa zur Eindämmung der

- (B) Minijobs, zur Zeitpolitik und für Maßnahmen zur besseren Unterstützung von Alleinerziehenden, finden sich in unseren Anträgen. Lesen bildet!

Nach wie vor lassen Merkel, Schröder und die schwarz-gelbe Koalition keinerlei Gestaltungswillen erkennen. Dabei bedarf es gerade gesetzlicher Rahmenseetzungen. Mit Freiwilligkeit ist Fortschritt in der Gleichstellungspolitik definitiv nicht zu erreichen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schaut man allerdings, meine Kolleginnen und Kollegen, auf die Website des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, staunen Frau und Mann nicht schlecht. Dort findet man ein Übersichtspapier, das – ich zitiere – „über die weichenstellenden Meilensteine“ des Ministeriums in dieser Legislaturperiode Auskunft gibt.

(Christel Humme [SPD]: Wo sind die denn verschwunden, in welchen Schubladen?)

Auf der Suche nach den sogenannten Meilensteinen in der Gleichstellungspolitik stößt man auf die Überschrift: „Mehr Frauen in Führungspositionen: Die Flexi-Quote“. Darunter heißt es – Zitat –:

Es ist und bleibt unser Ziel, die Einführung einer Flexi-Quote für Vorstände und Aufsichtsräte von börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen gesetzlich zu regeln.

- (Mechthild Rawert [SPD]: Nichts als eine Fata Morgana!) (C)

Frau Schröder, selbst bei der unverbindlichen Flexi-Quote, bei der Wir-tun-so-als-ob-Quote, bleibt es nur bei Lippenbekenntnissen. So kommen wir nicht voran.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es noch eines Beweises bedurft hat, hier ist er: Absichtserklärungen statt Handeln, Worte statt Taten.

Im Übrigen nur der Vollständigkeit halber: Mehr gibt es zur Gleichstellung in diesem Papier nicht. Auch in den anderen Politikfeldern sucht man Meilensteine wirklich vergeblich.

Meine Kolleginnen und Kollegen, es muss bei einer zielführenden Gleichstellungspolitik darum gehen, die veränderten Lebensentwürfe von Frauen und Männern zu unterstützen. Das hat auch der Gleichstellungsbericht festgestellt. Dazu zählt, die gewünschte Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser zu ermöglichen und damit die Partnerschaftlichkeit zu unterstützen.

Wir brauchen neue Angebote für Teilzeitarbeit für Frauen und Männer, eine vollzeitnahe Teilzeit von zum Beispiel 30 Wochenstunden. Teilzeitbeschäftigte brauchen einen Rechtsanspruch, der ihnen eine Rückkehr zur Vollzeit ermöglicht.

Die Notwendigkeit einer solch befristeten Teilzeit, Frau Ministerin, scheinen Sie erkannt zu haben. So konnten wir es jedenfalls in der *WAZ* vom 22. Februar lesen – Zitat –:

Realistisch betrachtet, wird das ein Projekt für die Zeit nach der Bundestagswahl.

Kurz darauf geht es weiter:

Aber wir können leider nicht über die FDP hinwegregieren.

(Zuruf von der SPD: Die FDP, guck an!)

Fakt ist also: Verlässlicher Stillstand bei der Gleichstellung. Aber nur mit einer eigenständigen Existenzsicherung von Frauen gelingt eine wirkliche Gleichstellung. Es bedarf gesetzlicher Regelungen, um die erforderlichen Strukturen in unserem Land aufzubrechen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Denn, Frau Ministerin, Sie können hier noch so oft stehen und Appelle aussprechen und freiwillige Vereinbarungen loben: Es geht damit nicht voran. Es wird endlich Zeit, dass sich etwas ändert. Es wird Zeit, dass Schwarz-Gelb nicht mehr regiert. Die Frauen haben es schon lange satt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Schauen wir mal!)

(A) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die FDP-Fraktion redet jetzt die Kollegin Nicole Bracht-Bendt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Christel Humme [SPD]: Was sagt denn die FDP dazu?)

Nicole Bracht-Bendt (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In unserem Antrag zum diesjährigen Frauentag greifen wir das Thema „Entgeltgleichheit von Frauen und Männern“ ganz bewusst auf,

(Christel Humme [SPD]: Oh!)

und zwar gemeinsam mit dem Aspekt der Familienfreundlichkeit von Unternehmen.

(Caren Marks [SPD]: Da müssen Sie selber lachen, oder?)

– Gefällt Ihnen das, Frau Marks? Anscheinend. – Denn – so heißt es gleich zu Beginn des Antrags –: Die wichtigste Maßnahme zur Beseitigung der Entgeltungleichheit ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ständig heißt es plakativ: Frauen verdienen in Deutschland rund 22 Prozent weniger als Männer. Damit gehören wir zu den Schlusslichtern in Europa.

(Caren Marks [SPD]: Ach?)

(B) So weit die nackten Zahlen des Statistischen Bundesamtes.

Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Beim bloßen Vergleich der Durchschnittseinkommen von Männern und Frauen bleiben ganz entscheidende Aspekte außen vor,

(Christel Humme [SPD]: Marginalisieren des Problems!)

nämlich die Dauer der Betriebszugehörigkeit oder die Berufserfahrung, die durch Erwerbsunterbrechungen bei Frauen häufig geringer ist.

Legt man Zahlen von 2009 zugrunde, so haben knapp 91 Prozent der Mütter eine Auszeit vom Beruf genommen, um sich um ihre Kinder zu kümmern, mehr als die Hälfte davon für über anderthalb Jahre. Im Gegensatz dazu haben dies nur ca. 5 Prozent der Väter getan – und das nur kurz.

Nun ist aber gerade die Zeit der Elternschaft, also die Phase zwischen dem 20. und dem 40. Lebensjahr, auch in beruflicher Hinsicht eine ganz entscheidende. Hier wird die Grundlage für die spätere Karriere gelegt. Wenn Frauen gerade dann lange pausieren, hat das nachhaltige Folgen für ihre Aufstiegschancen und damit für ihren Verdienst. Es droht der Karriereknick, und das darf nicht sein.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat im Januar neue Zahlen vorgelegt. Demnach schrumpft die Lohnlücke bei Frauen, die maximal 18 Monate aussetzen, auf weniger als 2 Prozent. Das ist nicht nur erfreulich; das ist wegweisend und ausbaufähig, und es zeigt,

wie die Verringerung der Lohnlücke in Deutschland zukünftig gelingen kann. Nun geht es darum, allen Frauen, die es möchten, tatsächlich die Möglichkeit zu geben, eine solche kurze Auszeit zu nehmen. Dabei ist das Elterngeld – ein Erfolgsmodell – eine wichtige Unterstützung. (C)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, zur heutigen Gleichstellungsdebatte haben Sie Anträge vorgelegt, in denen Sie eine Fülle gesetzlicher Maßnahmen fordern. Ganz egal zu welchem Thema, ob Entgeltgleichheit, ob Frauenquote für die Privatwirtschaft oder die öffentliche Verwaltung: Sie fordern wie immer ein Gesetz.

(Christel Humme [SPD]: Wir haben gelernt, Sie nicht!)

Sie wollen bürokratische Regelwerke, staatliche Vorgaben, die die Privatautonomie aushebeln, die Vertragsfreiheit und Tarifautonomie beschränken und Arbeitgebern alle möglichen Verpflichtungen aufbürden. Das wollen wir nicht. Solche Regelungen wird es mit uns nicht geben.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und was wollen Sie?)

Das Problem ist komplex; seine Ursachen sind vielschichtig.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach, deshalb macht man nichts!)

Dementsprechend muss auch die Lösung sein: Es gibt viele Stellschrauben, an denen wir drehen müssen. Da sind zum Beispiel die langen und teilweise unfreiwilligen Erwerbsunterbrechungen. Die Mehrzahl der Mütter würde gerne früher in den Beruf zurückkommen oder früher wieder Vollzeit arbeiten. Das scheitert aber viel zu oft an mangelnder Kinderbetreuung. Deshalb engagiert sich die schwarz-gelbe Bundesregierung ganz besonders für den Ausbau der Kinderbetreuung. (D)

(Christel Humme [SPD]: Das haben wir die letzten Jahre sehr deutlich gemerkt!)

Dafür haben wir auch ordentlich Geld in die Hand genommen, sei es für die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Betreuung der unter Dreijährigen oder für das Programm „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“. In unserem Antrag bekennen wir uns noch einmal zu diesem Programm. Wir wollen es evaluieren und nach Möglichkeit über das Jahr 2015 hinaus verstetigen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Christel Humme [SPD]: Schon wieder evaluieren? Wir brauchen nichts zu evaluieren!)

Wichtig ist eine gute, verlässliche Infrastruktur, die junge Eltern unterstützt und sie nicht unfreiwillig in ein bestimmtes Lebensmodell zwingt, nur weil verschiedene staatliche Ebenen Schwarzer Peter spielen. In diesem Punkt kann sich keiner herausreden. Da ist die aktuelle Bundesregierung ebenso in der Pflicht, wie es alle Vorgängerregierungen – damit sind Sie von Rot-Grün gemeint – waren und ganz besonders auch die Bundesländer.

Nicole Bracht-Bendt

- (A) Untersuchungen zeigen, dass sich viele junge Paare vornehmen, als Eltern alles partnerschaftlich zu regeln: Beide kümmern sich um die Kinder; beide gehen in Elternzeit; beide bleiben mal zu Hause, wenn eines der Kinder krank ist. – Dann kommt das erste Kind, und plötzlich ist alles anders: Sie bleibt daheim, er geht ins Büro. Mütter arbeiten weniger, Väter hingegen mehr als vor der Geburt von Kindern. Das ist das Gegenteil von dem, was sie meist wollen, und trotzdem ist es immer noch die Realität. Daher brauchen junge Eltern gut abgestimmte Rahmenbedingungen, ein Gesamtkonzept an Maßnahmen, die ineinandergreifen und sie dabei unterstützen, frei zu entscheiden, wer wie und wie viel arbeitet und wie sie ihren Alltag partnerschaftlich aufteilen. So wahren auch Frauen ihre Chance auf einen guten Job, ein angemessenes Gehalt und den beruflichen Aufstieg.

Ein weiterer Punkt ist die Familienfreundlichkeit allgemein. Schauen wir nach Norwegen, schauen wir nach Frankreich, dann wird klar: In Sachen Frauen und Familienpolitik ist in Deutschland noch Luft nach oben. Aber wir sind auf einem guten Weg zu einer familienfreundlicheren Unternehmenskultur und Arbeitswelt. Mittlerweile engagieren sich mehr als 4 500 Betriebe im Programm „Erfolgsfaktor Familie“ mit dem Ziel, Familienfreundlichkeit zu einem Markenzeichen der deutschen Wirtschaft zu machen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Christel Humme [SPD]: 4 500 Betriebe von 3 Millionen, das ist ein Erfolg ohnegleichen!)

- (B) Eine Untersuchung des DIHK bestätigt, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wichtiges Thema für fast 80 Prozent aller Firmen ist. Immer mehr bieten schon gute Rahmenbedingungen, flexible Lösungen, Gleitzeit, Arbeit im Homeoffice und Ähnliches; gute Alternativen zur herrschenden „Präsenzkultur“.

Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Erweiterung des Berufswahlspektrums. Junge Menschen haben viele Alternativen zu den ausgetretenen Pfaden, den geschlechtstypischen Berufen, die schon ihre Mütter und Väter gegangen sind. Sie kennen sie aber nicht.

Ich selbst bin Tischlerin und war häufig die einzige Frau. Das war vollkommen okay. Daher freue ich mich über all die wertvollen Initiativen, die Jugendliche bei ihrer Berufswahl unterstützen wie zum Beispiel der Girls‘ and Boys‘ Day, bei dem ich im April wieder zwei jungen Menschen die Möglichkeit geben werde, Einblick in meine Tätigkeit als Abgeordnete zu nehmen.

(Caren Marks [SPD]: Es gibt ja so wenige in der FDP! – Christel Humme [SPD]: Besser nicht!)

– Frau Marks, da müssen Sie ja selbst lachen.

(Caren Marks [SPD]: Ich habe das nicht gesagt! Das war meine Kollegin!)

In knapp drei Wochen ist Equal Pay Day. Auch ich werde mit Kolleginnen und Kollegen auf der Straße stehen und auf die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen aufmerksam machen. Außerdem werde ich mit

den Menschen über unsere Konzepte diskutieren, die dazu beitragen sollen, diese Lohnlücke weiter zu verringern. (C)

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo sind diese Konzepte?)

Dafür bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung von Wirtschaft, Verbänden, Arbeitgebern, Tarifpartnern, Politik, Gesellschaft und natürlich jedem Einzelnen.

Ich habe noch Zahlen aus der Anhörung im Ohr: Männer bewerben sich auf eine Stelle, wenn sie 50 Prozent der Kriterien für sich als erfüllt sehen, Frauen erst bei 80 Prozent. Das sagt viel aus.

Für uns Liberale ist es selbstverständlich, dass Frauen und Männer auf Augenhöhe sind. Schauen Sie einmal genau hin! Das ist bei uns so.

Ganz herzlichen Dank. Tschüs!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Caren Marks [SPD]: „Brüderle und der Sexismus“, sage ich nur!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Kollegin Dr. Barbara Höll hat jetzt das Wort für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Bracht-Bendt, die Außenwahrnehmung Ihrer FDP-Fraktion, was die Gleichstellung der Geschlechter angeht, ist wirklich eine andere. Mir ist das so noch nicht aufgefallen. (D)

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der 8. März ist der Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frauen und den Weltfrieden. Der 8. März gilt also nicht nur den Rechten der Frauen, sondern auch dem Weltfrieden. Seit über 100 Jahren kämpfen Frauen für die Gleichstellung und das Wahlrecht, das es in Deutschland seit dem Jahr 1918, seit der Weimarer Verfassung, gibt. Wenn man einmal in die Rechtsgeschichte schaut, dann stellt man fest, dass Frauen erst seit 1977 das Recht haben, selbst und unabhängig von ihrem Ehemann zu entscheiden, ihre Existenz durch ihrer eigenen Hände Arbeit zu sichern. Das ist wirklich noch nicht so lange her.

Andererseits ist das viel zu lange her, als dass wir immer noch weiter warten können mit Selbstverpflichtungen, netten Appellen an die Wirtschaft, an die Politik, an Vereine und an wen auch immer, doch bitte einmal die Frauen zu fördern. Ich finde, es ist notwendig, dass wir jetzt endlich gesetzgeberisch aktiv werden. Wir Frauen haben lange genug gewartet.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Barbara Höll

- (A) So wie wir heute diskutieren, ist das schon symptomatisch. Es liegen zwei Anträge vor, mit denen versucht wird, das Problem der Gleichstellung umfassend anzugehen. Die Frau Ministerin beschränkt sich jedoch ganz bescheiden auf die Entgeltgleichheit. Frau hätte nun erwarten können, dass in einem Antrag mit solch einer Selbstbeschränkung ganz konkrete Maßnahmen aufgelistet sind, die die Koalition befürwortet. Die Ministerin hatte die Möglichkeit, hier zu sagen: Sie haben recht. Ich mache jetzt ganz konkrete Dinge.

Unter den Forderungen finden wir wirklich nur: Machen Sie doch da eine Evaluierung!

(Gabriele Hiller-Ohm [SPD]: Alles heiße Luft!)

Schauen Sie, ob das geklappt hat! Sie appellieren an die Unternehmen, doch ein bisschen familienfreundlicher zu werden. In Ihrem Forderungskatalog ist aber keine einzige konkrete Maßnahme enthalten. Die Ministerin hat hier wieder keinen, aber auch gar keinen konkreten Vorschlag dazu gebracht, was sie tatsächlich machen will. Frau Ministerin, man hat den Eindruck, für Sie ist Gender-Mainstreaming ein Fremdwort, und Sie stehen in einem Wettbewerb mit Herrn Rösler, wer der unverbindlichste Minister oder die unverbindlichste Ministerin dieser Bundesregierung ist. Das ist einfach schrecklich.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Ich sage Ihnen: Gleichstellungspolitik bedeutet für uns als Linke die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen und an allen gesellschaftlichen Ressourcen. Der Schutz der Frauen vor Diskriminierung und Gewalt sowie ein Leben für alle Menschen frei von einschränkenden Geschlechterrollen, das ist unsere Zielstellung.

Es gibt zwei Grundvoraussetzungen, nämlich zum einen die Selbstbestimmung über den Körper, die eine Frau braucht. Hierzu haben wir eine Regelung, mit der das relativ gut sichergestellt wird. Die zweite Grundvoraussetzung ist eine eigenständige Existenzsicherung, sodass eine Frau nicht durch den Ehemann oder durch den Staat alimentiert wird. Das heißt also, Erwerbstätigkeit für Frauen zu ermöglichen.

Wie sieht aber die Realität aus? Leider sind mit der Agenda 2010 durch Rot-Grün für Minijobs, Midijobs und den Niedriglohnsektor Tür und Tor geöffnet worden.

(Elke Ferner [SPD]: Minijobs gab es schon vorher!)

Das hätten wir schon längst beseitigen können. 70 Prozent der in diesen Bereichen tätigen Menschen sind Frauen. Sie sind berufstätig. Sie können aber nicht von ihrer Hände Arbeit leben. Es reicht nicht, daran ein bisschen herumzudoktern oder zu reformieren. Diese Jobs gehören gestrichen und abgeschafft. Es muss einfach Standard sein, dass Menschen von ihrer Hände Arbeit leben können.

(Beifall bei der LINKEN)

(C) Deshalb brauchen wir natürlich auch den Mindestlohn für alle in der Bundesrepublik Deutschland. Wir werden hoffentlich gemeinsam erst einmal den Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro beschließen. Ich sage aber ganz klar: 8,50 Euro sind zu wenig. Dies haben wir Ihnen in der vorangegangenen Debatte vorgerechnet. Wir brauchen einen Mindestlohn von 10 Euro, um dann auch Renten zu haben, die die Beibehaltung des Lebensstandards im Alter einigermaßen ermöglichen; es geht darum, dass sie wenigstens armutsfest sind. Das ist die Zielstellung. Dem müssen Sie sich stellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir über die Entgeltungleichheit sprechen, dann gibt es einen logischen Fehler, der weit verbreitet ist. Als allgemeiner Standard wird das Einkommen der Männer genommen. Das sind 100 Prozent. Dann wird ausgerechnet, wie viel die Frauen weniger verdienen. Frauen werden so gering bezahlt, dass sie bei einem durchschnittlichen Verdienst, 35 Berufsjahren und gleicher Berufstätigkeit einen Einkommensverlust gegenüber ihren männlichen Kollegen von etwa 100 000 Euro haben. Also, die Entgeltungleichheit ist nicht gering. Sagt man aber, dass das Einkommen der Frauen 100 Prozent beträgt, dann ist, in Prozenten ausgedrückt, der Einkommensvorsprung der Männer viel größer. Denken wir einmal von den Frauen her! Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen. Warum ist der Maßstab das Einkommen der Männer? Nein, die Frauen müssen der Maßstab sein.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D) Wir brauchen endlich ein Herangehen an die ungleiche Bezahlung der angeblich frauentypischen Berufe gegenüber den angeblich männertypischen Berufen. Das fordern wir auch für die Emanzipation der Männer. Das ist ein dringendes Problem. Wir reden nicht einfach egoistisch für Frauen, sondern für alle. Schauen wir uns das einmal an! Nehmen wir ein junges Paar: Der Papa ist Grundschullehrer, die Mama ist Gymnasiallehrerin. Sie bekommen ein Baby. Frau Schröder, was denken Sie? Wahrscheinlich bleibt der Papa zu Hause, weil sein Einkommensverlust in der Elternzeit niedriger ist als der Einkommensverlust, wenn die Mama als Gymnasiallehrerin zu Hause bleibt. Nun ist es so, dass die Grundschullehrer prinzipiell niedriger bezahlt werden als die Gymnasiallehrer, dass es mehr Grundschullehrerinnen, ganz wenige Grundschullehrer und dafür wesentlich mehr Gymnasiallehrer als Gymnasiallehrerinnen gibt. Ich sage Ihnen: Wir müssen ganz viel tun, damit sich in dieser Gesellschaft, in unserem Staat Etwas ändert. Dazu brauchen wir aber eine grundlegende Verbesserung und nicht einfach eine Angleichung an schlechte Verhältnisse, die wir haben. Wir brauchen eine Verbesserung der Verhältnisse für alle.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Stefan Schwartz [SPD])

(A) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat für Bündnis 90/Die Grünen Renate Künast das Wort.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Schröder, Sie haben wunderbar angefangen und die Fragen gestellt, die die Frauen im Alltag erleben. Sie haben damit angefangen, dass Frauen im Erwerbsleben mit der Frage konfrontiert werden: Wie machen Sie es mit Ihrem Kind? – Sie haben auf die Gehaltsstatistik verwiesen und auf die Frage, welche Jobs die Frauen bekommen. Dann dachte ich: Nach dieser mehr oder weniger radikalen Analyse folgt jetzt auch ein radikales Handlungspaket. – Das habe ich allerdings in Ihrer Rede nicht wahrgenommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD – Mechthild Rawert [SPD]:
Stimmt!)

Sie haben das Problem beschrieben und dann gesagt, es sei ein kulturelles Problem. Das erinnert mich an Ulrich Beck und sein Wort, das genau solche Situationen beschreibt: „Verbale Aufgeschlossenheit bei gleichzeitiger Verhaltensstarre“.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Das haben Sie hier angeboten, aber dann kam nichts.

(B) Ich habe vorhin den News entnommen, dass Sie heute schon geäußert haben, da dies doch die Aufgabe der Wirtschaft sei – dorthin haben Sie die kulturellen Fragen sortiert –, sei es auch deren Aufgabe und Pflicht, regelmäßig zu berichten, inwieweit sie die Zahl ihrer Selbstverpflichtungen erfüllt hat. Sie haben alles dorthin geschoben. Glücklicherweise haben wir ein Grundgesetz. Ein Blick in das Gesetz erleichtert die Rechtsfindung. Zu der Frage, ob dies eine kulturelle Aufgabe ist, kann ich nur auf Art. 3 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes verweisen, der besagt – ich zitiere –:

Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

Das ist Ihre Aufgabe, und davon habe ich in Ihrer Rede nichts, aber auch gar nichts gehört.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Ich freue mich darüber, dass sich Frauen in diesem Land wirklich engagieren. Nehmen wir nur einmal den Hashtag-Aufschrei, als es um die Sexismusdebatte ging, die noch nicht zu Ende ist, oder die Debatte um die Frauenquote, die der Deutsche Juristinnenbund, FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte – und der Verband deutscher Unternehmerinnen angeschoben haben. Diese, Frau Schröder, und viele andere Frauen aus der Praxis, aus der Wissenschaft haben den nötigen politischen Druck ausgeübt. Ihre Einladung zu einem Gespräch hat nicht dazu beigetragen. Auch die Tatsache, dass es in

Ländern in Europa schon Quotenregelungen bei öffentlichen Ausschreibungen gibt, hat Druck ausgelöst und Unternehmen zum Nachdenken gebracht. Wenn die Telekom sieht, dass die Telefónica aus Spanien in ihren Ausschreibungen in Spanien oder in Frankreich Quotenregelungen für Frauen und Männer vorsieht, dann bewegt sich die Telekom, und nicht weil Frau Schröder einlädt. **(C)**

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Frau Schröder, in Ihrer Rede zum 102. Frauentag haben Sie kein Wort zu der Debatte um den Alltagssexismus gesagt, obwohl sich so viele Frauen geäußert haben. Es gab kein wirkliches Wort zu einer verbindlichen Frauenquote in Aufsichtsräten. Auch haben Sie nichts zu Regelungen für die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern gesagt; ich habe nichts gehört. Stattdessen setzen Sie getreu Ulrich Beck, also bei weitgehender Verhaltensstarre, ständig falsche Anreize. Das Betreuungsgeld und das Festhalten am herkömmlichen Ehegattensplitting ist solch ein falscher Anreiz. Wenn wir wirklich sagen, auch aus einem christlichen Menschenbild abgeleitet; „Wir investieren unsere Steuergelder in die Kinder und stellen die Kinder in den Mittelpunkt“, dann müssten Sie sagen: Das Ehegattensplitting wird abgeschmolzen, damit wir Geld für die Kinder haben. – Aber dazu gibt es kein Wort von Ihnen. Sie hingegen sind für das Betreuungsgeld und die Flexiquote. Ich sage einmal: Flexiquötchen, denn sie kommt ja auf Pfötchen daher. Das reimt sich auch. Die Unternehmen sollen selber entscheiden. Das ist selbst Ihren Parteifreundinnen und -freunden zu wenig. **(D)**

Das Pflegezeitgesetz ist so realitätsfern gestaltet, dass von den Frauen in der gesamten Bundesrepublik, die Pflege übernehmen, seit dem Inkrafttreten erst satte 150 Anträge gestellt wurden. 150 Anträge ist Ihr Versuch wert, den Frauen die Situation zu erleichtern, wenn sie Pflege übernehmen. Das können sich Frauen gar nicht leisten. Denn wer hat denn so viel Geld im Hintergrund, dass er eine Auszeit ohne monatliche Bezahlung nimmt?

Ich kann nur sagen: Das, was Sie hätten anpacken müssen, haben Sie liegen lassen, und wenn Sie gehandelt haben, war es eigentlich immer ein Flop.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Ich muss feststellen, dass Ihre und Frau Merkels Frauenpolitik immer wieder die Realität der Frauen in Deutschland ignoriert. Sie ignorieren auch die wissenschaftliche Expertise. Ich will Ihnen zwei Beispiele nennen:

Erstens. Der Erste Gleichstellungsbericht hat gezeigt: Frauen auf dem Arbeitsmarkt sind diskriminiert. – So weit auch Ihre fast radikale Analyse. Dann heißt es im Gleichstellungsbericht weiter: Wir brauchen einen Mindestlohn. Wir brauchen ein Entgeltgleichheitsgesetz. Wir brauchen eine Quote. – Nichts davon haben Sie im Angebot.

(Caren Marks [SPD]: So ist es!)

Renate Künast

- (A) Die Expertise und Beratung haben Sie überhaupt nicht genutzt, weil Sie irgendwo in einer alten Ideologie stecken bleiben.

Zweitens. In der stattgefundenen Evaluierung der Familienleistungen steht: Es ist dringend nötig, einen Modernisierungsschub bei den Familienleistungen zu machen, Abschmelzen des Ehegattensplittings, kein Betreuungsgeld. – Was machen Sie? Sie halten die ganze Studie unter Verschluss, weil Sie die gesellschaftliche Debatte dazu fürchten. Dabei ist gerade jetzt eines wichtig, nämlich nicht in den Strukturen von vorgestern zu agieren, sondern wirklich neue Strukturen für eine Arbeitsmarkteteiligung von Frauen zu schaffen.

Ich habe ein bisschen das Gefühl, Sie sind eine Art Scheinregierung. Sie erinnern mich an den Riesen Tur Tur: Je näher man kam, desto kleiner wurde er. So groß die Worte auch sind, die Sie hier wählen: In Wahrheit nehmen Sie eine Simulation von Politik vor, und da hilft es auch nicht, eine Bundeskanzlerin zu haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie besetzen das Thema, indem Sie sich mit Frau von der Leyen über den Begriff „Quote“ streiten, aber passiert ist gar nichts – Simulation von Politik.

(Nicole Bracht-Bendt [FDP]: Das ist die Unwahrheit!)

Sie reden über Lohngleichheit und beschreiben die Situation. Aber die Kanzlerin hat neulich nur öffentlich gesagt, sie rate den Frauen, einfach besser und schärfer zu verhandeln, wenn es ums Gehalt gehe. Hier geht es aber nicht allein um ein Problem der einzelnen Frauen.

- (B)

(Nicole Bracht-Bendt [FDP]: Sie waren doch in der Anhörung!)

Wir, die Politik, haben einen Gleichstellungsauftrag: Wir müssen aktiv werden, und wir wollen keine Ankündigungspolitik. Deshalb, meine Damen und Herren, ist es richtig, Folgendes zu beraten: ein Entgeltgleichheitsgesetz, den Mindestlohn und die Frauenquote. Ich glaube übrigens, dass all das auch die Männer wollen, weil sie wissen, dass es auch ihnen im Erwerbs- und Privatleben neue Entwicklungsmöglichkeiten gibt.

Es ist Zeit für eine moderne Familienpolitik. Die Konzepte sind da, und wir sind bereit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat die Kollegin Dorothee Bär für die Fraktion der CDU/CSU das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dorothee Bär (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Künast, jedes Mal, wenn Sie hier im Parlament eine

frauenpolitische Rede halten, frage ich mich, ob es den Frauen danach besser geht. (C)

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber dank Ihrer Politik geht es den Frauen besser, oder was?)

Jedes Mal muss ich feststellen: nein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dank Ihrer schlechten Laune aber auch nicht!)

Das, was Sie hier abliefern, trägt überhaupt nicht dazu bei, gesellschaftspolitisch irgendetwas zu verbessern, und sei es auch nur verbal. Ich finde, dass die Ministerin am Anfang sehr gut aufgezeigt hat, wo die Probleme in unserem Land liegen: Wir haben festgelegte Rollenbilder. Frauen sind auch deswegen am Arbeitsmarkt benachteiligt, weil in sehr vielen Firmen die Auffassung herrscht, dass Frauen mit geringerer Wahrscheinlichkeit dauerhaft in ihrem Unternehmen sein werden als Männer, allein aufgrund ihrer Fähigkeit, Kinder zu gebären. Da geht es oft gar nicht darum, ob sie tatsächlich Kinder haben oder nicht. Aber allein die Gebärfähigkeit macht Frauen als potenzielle Arbeitnehmerinnen weniger attraktiv als Arbeitnehmer. Deswegen gelten sie oft – das hört man an der einen oder anderen Stelle – als risikoträchtige Arbeitnehmerinnen. Deswegen werden sie oft zu einem geringeren Verdienst eingestellt und erhalten weniger Fortbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten.

Natürlich gibt es jetzt nicht die eine Lösung, die Ideallösung, wie Sie sie mit Ihrer Schwarz-Weiß-Malerei fordern; denn die Ursachen sind viel zu vielfältig. Natürlich gibt es eine strukturelle Diskriminierung. Auch deswegen ist es wichtig, einen Mentalitätswandel zu erreichen. Einen Mentalitätswandel erreicht man natürlich nicht, wenn man immer meint, die eine Lösung zu haben bzw. ein Einheitsmodell, wie Sie, Frau Künast, es gerade wieder angesprochen haben, für alle Frauen in Deutschland etablieren und einfach allen überstülpen zu müssen. (D)

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hatte das mit einem „Einheitsmodell“ zu tun? Wo sind denn Ihre Vorschläge? – Christel Humme [SPD]: „Wahlfreiheit“ ist das Stichwort!)

Wir haben ein Problem: Sobald Frauen eigene Kinder haben, verschlimmert sich die strukturelle Diskriminierung. Wenn man sich die Studien, beispielsweise vom Deutschen Juristinnenbund, anschaut, dann stellt man fest, wie die Führungspositionen in Deutschland eigentlich besetzt sind: Die meisten Führungspositionen in unserem Land haben Männer mit Kindern inne. An zweiter Stelle kommen dann Männer ohne Kinder. An dritter Stelle kommen Frauen ohne Kinder. An vierter Stelle kommen Frauen mit Kindern. Daran sieht man ganz deutlich, dass Kinder nur beim weiblichen Geschlecht ein Problem sind, beim männlichen aber nicht. Bei den Männern ist es sogar ein Vorteil; Männer mit Kindern nehmen die meisten Führungspositionen ein.

Dorothee Bär

(A) Der Kern unserer christlichen Familien- und Frauenpolitik ist deswegen die Wahlfreiheit: Wir fördern, dass jede und jeder Einzelne in Staat und Gesellschaft die Freiheit selbst ausfüllen kann, dass sich jede Mutter und jeder Vater frei entscheiden kann, ob sie Vollzeit oder Teilzeit arbeiten oder ganz zu Hause bleiben wollen. Unserer Auffassung nach hat der Staat nämlich nicht das Recht, bestimmte Lebensmodelle aufzuzwingen. Unser Ziel muss es doch sein, Freiräume zu schaffen.

Ich verstehe bis heute nicht, warum Sie der Meinung sind, dass der Staat in jedem Fall der bessere Erzieher ist. Wir sind diejenigen, die sagen: Wir setzen die Rahmenbedingungen für Wahlfreiheit. Mich stört wirklich – das war heute in allen Reden der Opposition zu hören –, dass Sie hier Keile hereintreiben und Frauen gegen Frauen ausspielen. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Stefan Ruppert [FDP] – Christel Humme [SPD]: Was ist das denn für ein Quatsch? – Caren Marks [SPD]: Mit Ihnen ist gar nichts zu machen!)

Wir im Bund haben die Betreuungssituation von Kindern unter drei Jahren mit Mitteln in Höhe von insgesamt 4,58 Milliarden Euro erheblich verbessert – das ist mehr als in all den Jahren, in denen Sie an der Regierung waren. Wir unterstützen die Kommunen, und wir unterstützen sie freiwillig und auch künftig mit 845 Millionen Euro jährlich bei den Betriebskosten.

(Zuruf der Abg. Christel Humme [SPD])

(B) Ja, ich sage voller Stolz: Wir haben das Betreuungsgeld für ein- bis dreijährige Kinder eingeführt,

(Christel Humme [SPD]: Darauf wäre ich aber nicht stolz!)

weil es uns eben wichtig ist, keine verschiedenen Lebensmodelle gegeneinander auszuspielen.

(Elke Ferner [SPD]: Doch, tun Sie doch!)

Es ist bei den Debatten oft deutlich geworden, dass Sie persönlich andere Lebensmodelle wählen. Das ist Ihnen auch unbenommen. Da mischt sich auch von außen keiner ein. Aber ich finde, gerade wir, die wir alle berufstätig sind, müssen natürlich auch Lobbyisten für Familien sein, die sich andere Modelle wünschen, weil logischerweise keine Hausfrau und kein Hausmann die Möglichkeit hat, hier am Rednerpult im Deutschen Bundestag zu stehen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wieso reden Sie bei den Frauenveranstaltungen immer ganz anders? Sie sind eine Frau mit zwei Gesichtern!)

Wir wollen Eltern nicht unter Druck setzen. Wir wollen, dass nicht alle Kinder in eine ganztägige Kinderbetreuung gegeben werden, weil wir eben gegen diese Gleichmacherei sind.

Sie beklagen, dass bei einer steigenden Erwerbsquote das Arbeitsvolumen – ich finde, das ist ein ganz beson-

ders furchtbares Wort – von Frauen stagniert, weil viele nur in Teilzeit arbeiten. Da frage ich mich: Ist es wirklich Ihr Ziel, wie in der *Wirtschaftswoche* vom 9. Februar zu lesen war – ich zitiere –, dass „die totale Mobilisierung aller Arbeitskräfte“ erfolgt? (C)

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was haben Sie denn da gerade mit der „totalen Mobilisierung“?)

Ein weiteres Zitat:

Erst wenn jede Frau an der Aldi-Kasse für ihre Sozialbeiträge schuftet und Steuern dafür bezahlt, dass andere Frauen ihre Kinder erziehen – erst dann ist die endgültige Befreiung der Frau geschafft.

(Zuruf von der SPD: So wie bei Ihnen zu Hause!)

Das ist auf jeden Fall eine Politik, die mit uns nicht zu machen ist, weil wir eben für die Wahlfreiheit stehen. Wir brauchen keine arbeitsplatzgerechten Familien, die sich nur unter das unterordnen, was der Arbeitsmarkt will, sondern familiengerechte Arbeitszeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Freiwillige Maßnahmen sind wichtig. Sie reichen meines Erachtens aber nicht aus. Für mich persönlich wäre es wichtig, dass Teilzeitkräfte auch das Recht haben, in Vollzeit zurückzukehren.

(Elke Ferner [SPD]: Aber nur für Sie persönlich! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Deswegen wünsche ich mir auch einen Rechtsanspruch auf Vollzeit. Das hätte auch eine Wirkung auf Männer, weil dann eine phasenweise Teilzeit eher in Anspruch genommen würde, und zwar von beiden Geschlechtern.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir würden Sie da unterstützen, aber wo ist das? – Mechthild Rawert [SPD]: Machen!)

Mir ist das sogenannte Teilelterngeld auch sehr wichtig, weil sich die Anspruchsdauer des Elterngeldes bei Teilzeitarbeit der Eltern und Aufteilung der Sorgearbeit entsprechend verlängern würde. Wichtig wäre selbstverständlich auch eine Flexibilisierung der Elternzeit. Momentan ist es nur möglich, die Elternzeit bis zum 8. Lebensjahr des Kindes in Anspruch zu nehmen. Wir wollen, dass in Zukunft die Frist bis zum 14. Lebensjahr des Kindes ausgeweitet wird, um in Krisenzeiten einer Familie, bei Schulproblemen, bei Trennung der Eltern oder zur Pflege der Eltern-Kind-Beziehung eine größere Flexibilität zu gewährleisten.

Wir haben in den letzten knapp vier Jahren eine hervorragende Familien- und Frauenpolitik gemacht. Ich bin mir sicher, dass die Wählerinnen und Wähler erkennen, wer ihnen Wahlfreiheit gibt und wer ihnen ein Einheitsmodell aufdrücken wird.

Dorothee Bär

- (A) (Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Ganz genau!)

Deswegen bin ich sicher, dass es im September mit dieser Bundesregierung hervorragend weitergeht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Elke Ferner hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Elke Ferner (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage mich die ganze Zeit, ob hier bei der Koalition ein Wettbewerb stattfindet, wer die peinlichste Rede hält.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michaela Noll [CDU/CSU]: Dann würden Sie ja gewinnen! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Antwort ist: Ja, es gibt einen Wettbewerb! – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Das ist wie beim FC Bayern: Euer Hass ist unser Stolz! – Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Schon gewonnen!)

Ich muss wirklich sagen, dass an Peinlichkeit kaum zu überbieten ist, was in Ihrem Antrag steht und was die Ministerin und Sie von den Koalitionsfraktionen hier zum Besten geben. Sie nehmen in Ihrem Antrag – das hat auch die Ministerin zu Beginn gemacht – eine Problemanalyse vor. Aber nach einer Problemanalyse erwartet der geneigte Leser, dass eine Problemlösung vorgeschlagen wird. Die fehlt aber, und zwar völlig.

- (B)

(Beifall bei der SPD)

Ich frage mich, wofür man eine Ministerin braucht, die sich hier hinstellt und sagt: Wir brauchen dies, wir brauchen jenes usw., usf. – Ich wünsche mir eigentlich eine Regierung und eine Ministerin, die sagen: Wir haben da ein Problem, und deshalb machen wir das und das. Das ist die Aufgabe einer Ministerin, Frau Schröder.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will einmal sagen: Der einzig reale Vorschlag, den Sie in Ihrem Antrag machen, nämlich das Logib-D-Verfahren zu verwenden, um die Entgeltungleichheit zu bekämpfen, ist dazu untauglich.

(Beifall bei der SPD)

Die Ministerin hat eben zu Recht beklagt, dass frauentypische Berufe schlechter bezahlt würden als die der Männer und dass sich daran etwas ändern müsse. Dafür gibt es aber ein Verfahren, und das Verfahren heißt Entgelt-Check. Das gibt es. Da frage ich mich natürlich, warum Sie bei diesem Logib-D-Verfahren bleiben, bei dem es eigentlich nur darum geht, Lebensläufe und Biografien miteinander zu vergleichen. Das heißt, wenn die

Frauen auf ihren Beruf verzichtet haben, um Kinder zu erziehen, dann wird das durch die schlechtere Bezahlung – gegenüber der Bezahlung der Männer – sozusagen sanktioniert. Wir wollen gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie dann endlich etwas tun – Renate Künast hat das eben schon gesagt –, dann tun Sie das Falsche. Schauen Sie sich beispielsweise an, welche Wirkung die Anhebung der Verdienstgrenze von Minijobs auf 450 Euro haben wird. Im Bereich Minijob müssen wir eigentlich die entgegengesetzte Richtung einschlagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen endlich Schluss damit machen, dass in diesem Bereich Missbrauch betrieben werden kann. Aber was macht die Koalition? Sie erhöht noch die Anreize, einem Minijob nachzugehen.

Es gibt bereits über 7 Millionen Minijobs – und das nicht nur in den haushaltsnahen Bereichen, das sind ungefähr 200 000; die kennen wir fast alle persönlich. Sie haben die Schwarzarbeit nicht abgeschafft. Jetzt verstärken Sie noch den Anreiz, ohne soziale Absicherung erwerbstätig zu sein. In Verbindung mit der Steuerklasse V und dem Ehegattensplitting ist das besonders für verheiratete Frauen attraktiv. Moderne Gleichstellungspolitik sieht anders aus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben eben gesagt: Wir brauchen andere Arbeitszeitmodelle. Ja, die brauchen wir. Man muss aber auch etwas dafür tun, zum Beispiel, indem man den Anspruch auf andere Arbeitszeitmodelle rechtlich absichert. Man muss beispielsweise rechtlich absichern, dass die Inanspruchnahme von Teilzeit befristet ist und dass sofort nach Beendigung der Teilzeitbeschäftigung der alte Arbeitsvertrag wieder greift, so wie wir das im Rahmen des Pflegegesetzes in der letzten Wahlperiode auf den Weg gebracht haben. Wo sind Ihre Vorschläge? Es gibt keine Vorschläge. Es werden immer nur die Probleme analysiert.

Sie sprechen sich in Ihrem Antrag dafür aus, dass die Bundesregierung für diese und jene Maßnahme werben soll. Sind wir hier Gesetzgeber, oder sind wir eine Werbeagentur? Was Sie hier machen, ist wirklich nicht mehr nachzuvollziehen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich prophezeie Ihnen: Diese Form der Politik wird sich im September, Gott sei Dank, erledigt haben. Wir brauchen nämlich in der Gleichstellungspolitik Fortschritte und keinen Stillstand mehr. Deshalb haben wir in unserem Antrag eine Reihe sehr konkreter Maßnahmen vorgeschlagen, durch die wir die Situation verbessern wollen.

Auf die Einzelheiten unseres Antrags wird Christel Humme noch eingehen. Eines kann ich Ihnen aber jetzt schon sagen: Ihr Problem ist, dass Sie kein partner-

(C)

(D)

Elke Ferner

- (A) schaftliches Modell wollen. Das sieht man am Betreuungsgeld und daran, dass Sie am Ehegattensplitting festhalten. Das sieht man in vielen anderen Bereichen auch.

Frau Pawelski, Sie sind vielleicht eine Ausnahme in Ihrer Fraktion. Es tut mir leid, dass Sie keine Mehrheiten haben. Es ist schlimm, wenn man etwas will und man darf oder kann es nicht umsetzen. Aber noch schlimmer ist es, wenn man keinen Fortschritt will. Dafür stehen Sie, Frau Schröder.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Yvonne Ploetz [DIE LINKE])

Ich bin froh, einer Partei anzugehören, die in diesem Jahr ihr 150-jähriges Gründungsjubiläum feiert. Eine ganze Reihe von Frauen, auch hier in diesem Haus, haben vor vielen Jahren dafür gesorgt, dass die Gleichstellungspolitik vorangekommen ist. Clara Zetkin, Marie Juchacz, Lily Braun und Hedwig Dohm, aber auch August Bebel mit seinem Werk *Die Frau und der Sozialismus* haben ein großes Stück dazu beigetragen. Ich würde mir wirklich wünschen, liebe Kolleginnen von Union und FDP: Seien Sie ein bisschen mutiger und ein bisschen konsequenter. Geben Sie nicht nur Problemanalysen zum Besten, tragen Sie endlich auch Problemlösungen vor.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Für die FDP-Fraktion gebe ich jetzt Sibylle Laurischk das Wort.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sibylle Laurischk (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte diese Debatte wieder etwas versachlichen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich wende mich an die vorrangig jungen Zuhörer, die hier auf der Tribüne in großer Zahl – ein paar gehen jetzt leider – anwesend sind. Zunächst möchte ich dafür werben,

(Christel Humme [SPD]: Genau! Sie werben!)

dass sich gerade die jungen Frauen unter Ihnen für Berufe entscheiden, die eine Perspektive bieten, dass Sie sich auch für Berufe mit technischer und naturwissenschaftlicher Ausrichtung interessieren, bei denen zunehmender Fachkräftemangel zu verzeichnen ist.

Aber wir haben auch in ausgesprochenen Frauenberufen einen Fachkräftemangel und einen zunehmenden Personalmangel. Ich habe feststellen müssen, dass im Pflegebereich mittlerweile sehr viele ausländische Arbeitskräfte angeworben werden, weil wir auf dem bisher üblichen Rekrutierungsfeld nicht mehr genügend Mitar-

beiter finden, um die Pflege sicherzustellen. Mir sagen Pflegerinnen und Krankenschwestern – das sind typische Frauenberufe –: Der Beruf ist nicht attraktiv und hat ein schlechtes Ansehen. – Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich dafür werben, dass das Ansehen dieser Berufe, die nicht naturwissenschaftlich ausgerichtet sind, sondern soziale, menschliche Fähigkeiten voraussetzen, verbessert wird. Ich möchte dafür werben, dass diese Berufe stärker wertgeschätzt und durch bessere Bezahlung attraktiver werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das habe ich mir vor meiner Rede nicht aufgeschrieben. In der Debatte ist mir aber deutlich geworden, dass man auch dazu an dieser Stelle einmal etwas sagen muss.

Die Erwerbstätigkeit der Frauen in Deutschland hat laut einer Studie aus dem Jahre 2011 eine Quote von 72 Prozent erreicht.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist hauptsächlich Teilzeit!)

Damit liegen wir kurz hinter den skandinavischen Ländern. Dennoch sind wir hinsichtlich der beruflichen Gleichstellung von Frauen noch nicht ausreichend vorangekommen.

Wir analysieren die Probleme – davor scheuen wir uns nicht –: Ein wesentlicher Grund, warum die Gleichstellung von Frauen im Beruf noch nicht gewährleistet ist, sind unzureichende Möglichkeiten zur Vereinbarung von Familie und Beruf. Daran arbeiten wir. Wir geben enorme Summen aus, um die Kinderbetreuung in den verschiedensten Bereichen zu gewährleisten. Ich denke, dass es dabei nicht nur um Kinder unter drei Jahren geht, sondern zunehmend auch um Kinder, die in der Schule sind. Insofern wird die Ganztagsbetreuung ein wichtiges Thema werden. Das Defizit in diesem Bereich haben auch rot-grüne Bundesregierungen mit zu verantworten.

(Beifall bei der FDP)

Das ist ein Problem mit einer langen Geschichte. Dieses Problem war in den letzten vier Jahren, in denen wir an der Regierung beteiligt waren, nicht zu lösen.

Dass wir dieses Thema ernst nehmen, zeigt die heftige Diskussion, die wir darüber immer wieder führen. Die linke Seite dieses Hauses konzidiert das nicht gerne. Aber gerade deswegen sage ich hier sehr deutlich: Wir haben uns an der Stelle nicht zu verstecken. Die Betreuung von Kindern ist in Deutschland ein ernsthaftes Thema geworden. Wir lassen nicht locker. Wie gesagt: Es ist viel Geld dafür ausgegeben worden.

Dennoch haben wir, gerade was das Thema Teilzeit anbetrifft, ein deutliches Defizit, das wir angehen müssen. Ich glaube, Frau Ministerin, dass sich die FDP an dieser Stelle überhaupt nicht versteckt. Ich weiß nicht, ob in einer Zeitung steht, dass Sie das so gesagt haben.

(Christel Humme [SPD]: Hat sie! Ich habe es in meiner Heimatzeitung gelesen!)

Ich glaube, wir sind durchaus erreichbar.

Sibylle Laurischk

- (A) Es ist tatsächlich so, dass sehr viele Frauen in Teilzeitarbeit stehen und die Rückkehr in den Beruf im Sinne einer Ganztagsbeschäftigung für sie sehr schwierig ist. Vor allen Dingen, wenn sie sich sehr lange der Kinderbetreuung gewidmet haben, merken sie, dass sie den Anschluss verlieren und keine Ganztagsbeschäftigung mehr finden. Das ist ein struktureller Mangel, der meiner Ansicht nach durch entsprechende Anreize im Unternehmen, aber – das ist denkbar – auch durch gesetzliche Maßnahmen zu ändern ist.

Gleichzeitig müssen sich aber auch Männer stärker für Teilzeit interessieren.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn es in einer Familie erforderlich ist, dass einer Teilzeit arbeitet, dann sind es meist die Frauen, die sagen: Okay, ich gehe aus dem Beruf ein Stück weit heraus. Die Männer machen weiter, sicherlich, weil der besser bezahlte Beruf eine Rolle spielt, aber auch, weil es nicht en vogue ist, weil das im Unternehmen nicht selbstverständlich ist. Es muss uns klar sein, dass lediglich 10,6 Prozent der Männer im Westen und 7,5 Prozent der Männer im Osten Teilzeit arbeiten. Das sind viel weniger als bei den Frauen. Es ist einfach kein Thema.

Ich glaube, dass wir die Lebensarbeitszeit von Frauen und Männern gleichstellen müssen, dass wir dafür sorgen müssen, dass Frauen wie Männer flexible Zeitangebote wahrnehmen können – die Teilzeitarbeit gehört dazu, aber selbstverständlich auch die Rückkehr in die Vollzeitberufstätigkeit –, weil dann auch die Altersarmut von Frauen ein Ende hat; denn dann können die Frauen ebenso wie die Männer eine Altersversorgung aufbauen. Das geschieht nur, wenn auch Männer in diesen strukturellen Wandel einsteigen. Das tun sie bisher per se noch viel zu wenig. Es geht um einen Bewusstseinswandel, den wir als Liberale nicht per Gesetz erzwingen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Yvonne Ploetz hat jetzt für die Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Yvonne Ploetz (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auf den ersten Blick sieht es für Frauen gar nicht so schlecht aus. Statistiken erzählen uns seit langem von einer wunderbaren Vermehrung der Jobs für Frauen. Es ist tatsächlich so: Seit Jahren steigt die Anzahl von Frauen in Lohn und Brot.

Doch sieht man etwas genauer hin, bekommt man schnell große Augen. Es ist nämlich nicht so, dass die Anzahl der Frauen in Normalarbeitsverhältnissen angestiegen ist. Vielmehr ist die Anzahl der Frauen im Niedriglohnsektor, in befristeten Beschäftigungsverhältnissen und in Teilzeitarbeit explodiert. Sie hat sich seit 1991 annähernd verdoppelt.

Nur ein Beispiel: In Pflegeberufen – da arbeiten zu 80 Prozent Frauen – ist die Anzahl der Leiharbeiterinnen in den letzten sechs Jahren um 400 Prozent angestiegen. Diese Frauen leisten wirklich Schwerarbeit, verdienen aber wenig und haben kaum arbeitsrechtlichen Schutz. Sie nennen das die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Wir nennen es Ausbeutung.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Mindeste, was ich von Ihnen als Regierenden verlange, ist, dass Sie die Leiharbeit in so sensiblen Bereichen wie der Kindererziehung und der Pflege endlich stoppen.

Übrigens ist die Branche mit den meisten Frauen im Niedriglohnsektor der Einzelhandel. Sie haben sicherlich mitbekommen, dass die Arbeitgeber im Einzelhandel die Tarifverträge aufgekündigt haben. Jetzt kämpfen rund 3 Millionen Frauen um freie Wochenenden, um Urlaubsgeld, um einen guten Lohn. Der Handelsverband nennt diese Aufkündigung der Tarifverträge Modernisierung. Wir wissen ganz genau, dass es hier nur um Lohndrückerei geht, und nennen es eine Kampfansage an die Beschäftigten. Wir Linke stehen fest an der Seite der Frauen und fordern von Ihnen, dass Sie einen Mindestlohn von 10 Euro einführen, damit die Frauen in diesem Arbeitskampf abgesichert sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wissen auch: Wo Tarifverträge gelten, fällt die Entgeltlücke kleiner aus. Trotzdem verdienen Frauen noch im Jahr 2013 rund ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen. Eine Großhandelskauffrau zum Beispiel hat im Monat rund 564 Euro weniger als ihr männlicher Kollege. Da kommen im Laufe eines Arbeitslebens locker 220 000 Euro zusammen. Sie reden in diesem Zusammenhang von Eigenverantwortung, davon, dass Frauen die falschen Berufe wählen, davon, dass man bei Lohnverhandlungen mutiger sein könnte. Wir nennen das Diskriminierung am Arbeitsplatz und fordern nicht weniger, als dass Sie per Gleichstellungsgesetz, Verbandsklagerecht und Lohntransparenz endlich für gleiche Löhne bei gleicher Arbeit sorgen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sicherlich erzähle ich Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, dass geringe Löhne zu geringen Renten führen. Im Alter müssen Frauen wirklich fast jeden Cent umdrehen. Mittlerweile haben zwei von drei Frauen eine Altersrente unterhalb der Grundsicherung im Alter, also unterhalb von Hartz IV im Alter. 83,5 Prozent der Frauen – eigentlich fast alle – haben eine Rente von unter 850 Euro, ein Viertel davon sogar unter 250 Euro.

Ich komme aus dem Saarland und will nun ganz kurz auf die Situation bei uns eingehen. Ein Mann bekommt bei uns durchschnittlich eine Rente von 1 139 Euro. Eine Frau bekommt durchschnittlich 415 Euro. Sie nennen das eine „besonders unzureichende soziale Absicherung von Frauen ... im Alter“. Wir nennen das menschenwürdige Armutsrenten und bleiben bei unserer Forderung nach einer Mindestrente, die wirklich jeden und jede vor Armut im Alter schützt.

(Beifall bei der LINKEN)

Yvonne Ploetz

- (A) Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Internationale Frauentag rückt näher. Wir reden hier über Entgelt, über Quote. Wir reden über ausgebeutete Frauen in Pflege- und Erziehungsberufen. Wir reden über Kitas, die fehlen, und über Frauen mit Existenzangst im Alter. Aber eigentlich reden wir doch darüber, dass der Kapitalismus auf genau diese Frauen angewiesen ist. Er ist angewiesen auf eine ungeheure Anzahl von Frauen, die privat arbeiten, die zu Hause arbeiten und die in sogenannten typischen Frauenberufen arbeiten. Das sind Berufe, die weniger mit Erdölgewinnung zu tun haben, weniger mit Luftfahrt, weniger mit Fahrzeugbau, sondern sich mit Menschen beschäftigen. Diese Berufe lassen sich nun einmal nicht beliebig beschleunigen, um noch mehr Gewinne herauszupressen.

Lassen Sie mich mit einem, wie ich finde, sehr beeindruckenden Zitat von Robert Biel enden:

Es ist eindeutig, dass der Kapitalismus zu Überausbeutung der Frauen geführt hat. Das wäre wenig tröstlich, wenn es nur vermehrtes Elend und vermehrte Unterdrückung bedeutet hätte, doch glücklicherweise hat es auch zu Widerstand geführt, um vielleicht so sogar zum Keim einer neuen Gesellschaftsordnung zu werden.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

- (B) Jetzt hat Monika Lazar das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte zum Internationalen Frauentag ermöglicht es uns, jährlich Bilanz über die Frauenpolitik der Bundesregierung zu ziehen. Als Erstes fällt mir da mein Lieblingssatz aus dem Bundesgleichstellungsbericht ein: Die Kosten des gegenwärtigen Nichtstuns übersteigen die einer zukunftsweisenden Gleichstellungspolitik bei weitem.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Caren Marks [SPD]: Sehr gut, Frau Kollegin! Der Satz!)

An das Nichtstun der Ministerin haben wir uns schon gewöhnt. Aber ich verzweifle immer noch daran, dass die guten Vorlagen wie der Bundesgleichstellungsbericht oder der Bericht zur Situation der Frauenhäuser, Fachberatungsstellen und anderer Unterstützungsangebote für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder nicht genutzt werden und stattdessen in den Regalen verstauben. Hier liegen Lösungsvorschläge, die die Ministerin ignoriert, ja, sie sind ihr noch nicht einmal der Rede wert. Das Grundgesetz gibt dem Staat einen deutlichen Auftrag, und der heißt nicht, nichts zu tun, sondern engagierte Konzepte zur Cheffinnensache zu machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn wir uns aber die Frauenpolitik der Koalition der letzten Jahre anschauen, klafft da nur ein großes schwarz-gelbes Loch. Wir haben eine uninspirierte Ministerin, die selbst die positiven Denkansätze der Frauen in ihrer eigenen Fraktion, zum Beispiel zur Frauenquote, ausgesessen hat. Jetzt ist zu lesen, dass Sie nicht einmal mehr die Zahlen Ihrer unzureichenden Flexiquote gemeinsam mit den Unternehmen präsentieren wollen. Das sollen jetzt die Unternehmen alleine machen. Für mich ist das wirklich die endgültige Kapitulation.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Diese Woche erreichte uns Ihr Vorschlag bzw. Antrag zur Entgeltgleichheit. Da dachte ich: interessant. Nach dem Lesen war ich überrascht, dass die Koalition wahrscheinlich endlich einsieht, dass es tatsächlich geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede gibt. Das ist schon mal ein großer Fortschritt. Denn vor einer Woche – wer bei der Anhörung zu den Vorschlägen der SPD und von uns Grünen zur Entgeltgleichheit anwesend war, weiß das – klang das noch völlig anders. Da wurde das Problem von den Abgeordneten und Sachverständigen der Koalition völlig verdrängt. Das Argument war immer nur: Die Frauen sind doch selber schuld.

(Nadine Schön [St. Wendel] [CDU/CSU]: Was?)

Im Antrag steht jetzt, dass sogar Erfahrungen aus dem europäischen Ausland mit gesetzlichen Regelungen zur Beseitigung der Ungleichheit ausgewertet werden sollen. Okay, aber wie sieht es mit der Umsetzung aus? Nein, nur Regelungen zur Transparenz sind geplant. Klar, alles andere wäre ja zu revolutionär. Nur nicht zu forschen werden!

Wir Grünen haben ein Entgeltgleichheitsgesetz gefordert, in dem verbindliche Regelungen von den Unternehmen eingefordert werden. Bei diesen vorliegenden Vorschlägen hätten Sie sich in den letzten Jahren einfach Anregungen holen können. Aber der Antrag der Koalition ist wieder einmal nur mutlos.

(Caren Marks [SPD]: Peinlich ist das!)

Auch in den anderen Bereichen der Gleichstellungspolitik haben wir in den letzten Jahren umfassende Konzepte vorgelegt. In unserem aktuellen Antrag, der heute mit eingebracht wird, können Sie es nachlesen.

Um mit einem Beispiel aus der Seefahrt zu enden: Dort markiert die Farbkombination schwarz-gelb die Untiefen und rot-grün das Fahrwasser.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

In diesem Sinne arbeiten wir Grüne weiter an einem Regierungswechsel; denn von der Koalition ist auch in Sachen Frauen- und Gleichstellungspolitik in den verbleibenden Wochen bis zur Wahl nichts mehr zu erwarten.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(A) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Kollegin Ingrid Fischbach hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ingrid Fischbach (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss sagen: Politik beginnt immer mit dem Betrachten der Wirklichkeit.

(Beifall der Abg. Nadine Schön [St. Wendel]
[CDU/CSU])

Manchmal denke ich mir: Die Kolleginnen und Kollegen der Opposition, die ich persönlich sehr schätze, nehmen nicht nur anders wahr, sie wollen auch anders wahrnehmen. Deshalb – das muss ich sagen – leiden Sie teilweise unter Wahrnehmungsstörungen.

(Beifall der Abg. Rita Pawelski [CDU/CSU] –
Zuruf der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN])

Liebe Frau Künast, ich fange mit Ihnen an.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist unter meinem Niveau, Ihnen so was zu unterstellen!)

Sie geben mir immer so gute Vorlagen, die ich nicht liegenlassen kann; die muss ich auffangen und wieder an Sie zurückspielen.

(B) (Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihre Wahrnehmung ist manchmal komisch!)

– Ja, aber lassen Sie uns jetzt einmal über die Punkte reden, die Sie im Sinne von „die Ministerin macht nichts, wer macht was?“ angesprochen haben. In diesem Zusammenhang haben Sie das Stichwort „Kita“ genannt.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe nicht gesagt, dass sie da nichts macht!)

Nun kann man sagen, der Ausbau der U-3-Betreuung in der Kita sei in der Großen Koalition verabredet worden. Das ist schön. Da stand es auf dem Papier, und Papier ist geduldig. Die Arbeit aber ist erst in dieser Legislaturperiode gemacht worden.

(Rita Pawelski [CDU/CSU]: So ist es!)

Wenn es um die Umsetzung geht – da komme ich gleich auf Rot-Grün in meinem Heimatland Nordrhein-Westfalen zu sprechen, weil mir das am Herzen liegt und ich dazu etwas sagen kann –, frage ich: Frau Künast, wer hat es denn in die Hand genommen, den Kita-Ausbau nun auch so umzusetzen, dass die Länder nicht mehr aus der Verpflichtung kommen? Das waren nicht Sie, das war nicht Rot-Grün, das ist nicht in den von Ihnen regierten Ländern geschehen, sondern unsere Familienministerin hat das gemacht.

(Christel Humme [SPD]: Was hat die denn gemacht?)

Erstens hat sie mehr Geld zur Verfügung gestellt, was wir gar nicht sollten, Frau Humme, und zweitens hat sie Sie in Ihrer Landesverantwortung mal wieder daran erinnert, dass Sie ein Versprechen abgegeben haben. Sie haben vonseiten der Länder – und Sie haben in den Ländern ja die Mehrheit – gesagt: Wir wollen mitmachen, wir wollen den U-3-Ausbau nach vorne bringen. – Wenn Sie aber in der Verantwortung sind und das umgesetzt werden muss, dann sagen Sie, liebe Frau Humme, auch in Nordrhein-Westfalen: Dafür haben wir kein Geld. Wir kürzen lieber noch ein bisschen. – Soll ich mal eben nachschauen, wo Sie, die Sie in Nordrhein-Westfalen gesagt haben, kein Kind dürfe verlorengehen, überall gekürzt haben? Ich erinnere auch daran, dass Frau Ferner und Frau Marks immer gerufen haben: Machen, machen, machen! – Ich sage Ihnen einmal, was Sie in Nordrhein-Westfalen anders als die Ministerin gemacht haben, die gesagt hat: Ich Sorge dafür, dass noch Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ich Sorge dafür, dass Betriebskosten übernommen werden.

(Christel Humme [SPD]: Weil wir Sie gezwungen haben über den Bundesrat, Frau Fischbach!)

Das hat es in der Kinderbetreuung noch nie gegeben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben Sie über den Bundesrat gezwungen!)

Sie haben in NRW im Jahre 2011 für die unter Dreijährigen eine Betreuungsquote in Höhe von 16 Prozent gehabt. Das war der schlechteste Stand in Deutschland, Frau Humme. So sieht es bei Rot-Grün in dem größten Bundesland Nordrhein-Westfalen aus.

(Christel Humme [SPD]: Wir haben ein Riesenprogramm in Nordrhein-Westfalen!)

Sie sparen in dem Haushalt 8,7 Millionen Euro an Zuweisungen für die Gemeinden ein, die für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf den Kindergartenplatz und den Kitaplatz vorgesehen waren. 8,7 Millionen Euro sparen Sie ein! Und dann stellen Sie sich hier hin und fragen: Wer tut denn was? – Ja, wer denn? Sie nicht! Das haben Sie bewiesen. Das Handeln liegt bei uns, und das werden wir auch in Zukunft so halten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Denn da, wo Sie Verantwortung haben, tun Sie nichts. Im Gegenteil, Sie stecken den Kopf in den Sand. Das ist nicht das, was wir wollen.

Nächster Punkt: Gleichstellungsbericht. Wer hat denn den ersten Gleichstellungsbericht auf den Weg gebracht?

(Christel Humme [SPD]: Sie haben ihn in der Schublade versteckt!)

Etwa Sie von Rot-Grün in sieben Jahren? In dieser Zeit gab es hier nur Reden, Reden, Reden. Der erste Gleichstellungsbericht, Frau Künast, auf den Sie sich netterweise auch beziehen, ist unter dieser Frauenministerin auf den Weg gebracht worden.

Ingrid Fischbach

- (A) (Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann soll sie daraus doch was machen!)

Jetzt geht es darum, daraus auch etwas zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich lasse mir aber nicht nachsagen, wir hätten nichts gemacht.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Fischbach, Frau Marks würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie die zu?

Ingrid Fischbach (CDU/CSU):

Das finde ich gut; denn sonst wäre ich mit meiner Rede auch schon fast zu Ende.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte schön.

Caren Marks (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin, dass ich die Zwischenfrage stellen darf.

Liebe Frau Fischbach, Sie haben eben einiges über den Kita- und den Krippenausbau gesagt. Würden Sie bestätigen, dass die Frauen- und Familienministerin Frau Schröder während der letzten Monate, eigentlich während der letzten gut drei Jahre, in diesem Plenarsaal vor der Öffentlichkeit und auch in öffentlichen Reden immer wieder gesagt hat, der Bund hat mit den 4 Milliarden Euro, die die Große Koalition auf den Weg gebracht hat, genug getan, mehr gibt es von Bundesseite definitiv nicht? Das ist in den Protokollen mehrfach nachzulesen.

- (B)

Würden Sie vielleicht auch bestätigen, dass es die Ministerpräsidenten der SPD, nämlich Olaf Scholz aus Hamburg und der damalige Ministerpräsident Kurt Beck aus Rheinland-Pfalz, zusammen mit anderen SPDgeführten Bundesländern im Bundesrat waren, die im Rahmen der Verhandlungen des Bundesrates über den Fiskalpakt zusätzliche 580 Millionen Euro hineinverhandelt und dies als Bedingung dafür genannt haben, dass überhaupt etwas auf den Weg gebracht wird, und dass die Ministerin diese 580 Millionen Euro, die sie zunächst kontinuierlich verweigert hatte, erst jetzt im Zuge der Verhandlungen über den Fiskalpakt bereitgestellt hat?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ingrid Fischbach (CDU/CSU):

Ja, liebe Frau Marks, das ist so mit der Wahrnehmung.

(Caren Marks [SPD]: Nein, mit der Wahrheit!)

– Ich streite das gar nicht ab, was Sie sagen.

(Iris Gleicke [SPD]: Aha!)

Aber mit welcher Dreistigkeit sitzen da Menschen im Bundesrat und fordern mehr Geld, wenn sie noch nicht einmal die Zusagen, die sie selbst gegeben haben – es

sollten 4 Milliarden Euro von den Ländern kommen –, (C) eingehalten haben?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das ist eine Dreistigkeit hoch drei.

Nur deshalb, Frau Marks – ich bin mit meiner Antwort noch nicht fertig –, hat die Ministerin an der einen oder anderen Stelle gesagt: Der Bund hat seine Zusage, 4 Milliarden Euro bereitzustellen, als Einziger eingehalten.

(Rita Pawelski [CDU/CSU]: Genau!)

Die Länder sind ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen und die Kommunen auch nicht – aus welchen Gründen auch immer; wir kennen sie.

(Christel Humme [SPD]: Ja, wie sollen die das denn machen?)

Wenn die Mittel noch nicht abgerufen waren – jetzt kann ich wieder auf NRW kommen, diesmal dazu, wie die Mittel abgerufen wurden –

(Michaela Noll [CDU/CSU]: Genau! Die haben ja Ewigkeiten gebraucht!)

und die Ministerin sagt: „Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, und bevor wir mehr Geld zur Verfügung stellen, sollen erst einmal die anderen ihre Aufgaben erledigen“, dann, denke ich, ist das richtig.

Noch einmal zu Ihrer Erinnerung: Der Bund hat mit der U-3-Betreuung nichts, aber auch gar nichts zu tun. (D)

(Michaela Noll [CDU/CSU]: Genau! Wir haben nichts damit zu tun!)

Was wir hier gemacht haben, haben wir gemacht,

(Rita Pawelski [CDU/CSU]: Freiwillig!)

weil wir als christlich-liberale Regierung

(Caren Marks [SPD]: Nein! In der Großen Koalition war das!)

und auch damals in der Großen Koalition gesagt haben: Wir sehen die Notwendigkeiten der jungen Familie. Kinderbetreuung ist das A und O.

(Abg. Caren Marks [SPD] nimmt wieder Platz)

– Nein, ich bin noch nicht fertig. Frau Präsidentin, ich bin noch bei meiner Antwort.

(Zurufe von der CDU/CSU: Wieder aufstehen!

– Die Antwort geht noch weiter! – Caren Marks [SPD]: Ich finde, meine Frage ist beantwortet!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich entscheide darüber, wie das mit der Zeit ist, und Sie antworten weiter auf die Frage. Bei dieser Gelegenheit können Sie gleich sagen, ob Sie auch noch eine Frage von Frau Dörner zulassen.

(A) **Ingrid Fischbach** (CDU/CSU):
Ja, ich rede gerne weiter.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Das machen wir dann so.

Ingrid Fischbach (CDU/CSU):

Ich wiederhole – darf ich wenigstens das abschließend sagen? –: Es war schon eine Farce, was sich Ihre Leute im Bundesrat erdreistet und erlaubt haben: statt erst einmal die eigenen Versprechungen einzulösen, gleich neues Geld zu fordern. So macht man keine Politik.

(Caren Marks [SPD]: Ja, ja!)

Deswegen ist mir vor dem September dieses Jahres überhaupt nicht bange. – Frau Dörner.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Iris Gleicke [SPD]: Dieses Schwarzer-Peter-Spiel ist peinlich für die Frauen- und Familienpolitik dieser Bundesregierung! – Caren Marks [SPD]: Schön darum herumgeschlumpft! – Gegenruf des Abg. Dr. Peter Tauber [CDU/CSU]: Na, na, na! Etwas mehr Respekt vor der Kollegin!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Frau Dörner, bitte, Ihre Zwischenfrage.

(B) **Katja Dörner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Liebe Frau Fischbach, meine Frage ist sehr schnell zu beantworten. Würden Sie mir bestätigen, dass auf der ersten Seite des Gesetzentwurfs, den wir ja hier alle gemeinsam – weitgehend gemeinsam – beschlossen haben, um dafür zu sorgen, dass die zusätzlichen 580 Millionen Euro an die Länder bzw. an die Einrichtungen in den Kommunen weitergeleitet werden können – also in dem Text, der uns von der Bundesregierung vorgelegt worden ist –, dargelegt ist, dass die Investitionsmittel aus diesem 4-Milliarden-Euro-Programm den Ländern zu 99 Prozent bewilligt und insofern auch beantragt worden sind?

(Caren Marks [SPD]: Ja!)

Ingrid Fischbach (CDU/CSU):

Ich gebe Ihnen recht, Frau Dörner.

(Caren Marks [SPD]: Ja! Das ist ein weiterer Fehler!)

Hätten Sie doch nur auch erwähnt, dass ordentlich Druck von der Bundesebene kommen musste

(Lachen der Abg. Caren Marks [SPD])

und dass die Ministerin die Länder mehrfach angeschrieben hat. Sie haben ja selber vor Ort nachgefragt – auch Sie kommen ja aus Nordrhein-Westfalen – und wissen, dass wir selber Druck gemacht und gefragt haben: Warum werden die Mittel nicht abgerufen? Das ist ein Verdienst unserer Familienministerin, und den lasse ich auch nicht kleinreden, Frau Dörner.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(C)

Meine Damen und Herren, das, was Nordrhein-Westfalen macht, ist nicht gut. Das hat nichts mit Gleichstellungspolitik zu tun. Das hat auch nichts mit Entgeltgleichheit zu tun. Es gibt eine erste Studie – übrigens, Frau Künast, wurde auch sie von dieser Familienministerin in Auftrag gegeben. Das zeigt: Rot-Grün hat sich nicht auf den Weg gemacht, die familienpolitischen Leistungen zu evaluieren; das war für Sie gar kein Thema. Das ist bei uns passiert.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die ist doch geheim, die Studie! – Gegenruf des Abg. Dr. Peter Tauber [CDU/CSU]: Nein! Wenn Sie Internet haben, können Sie sich das ansehen!)

– Nein, sie ist nicht geheim. Sie können das nachlesen; das steht auf der Internetseite des Ministeriums. Die Akzeptanzanalyse hat gezeigt, dass für die Eltern die Kinderbetreuung das A und O ist. Deswegen: Wenn Nordrhein-Westfalen jetzt sagt: „Wir kürzen die Mittel um einen zweistelligen Millionenbetrag“ und: „Ob bei der U-3-Betreuung zehn oder 15 Kinder betreut werden, ist auch egal; da packen wir ein paar mehr dazu“,

(René Röspel [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

sage ich Ihnen: Das geht nicht. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Eltern. Vor allen Dingen spielt das Kindeswohl hier überhaupt keine Rolle. So kann man mit Kindern nicht umgehen. Kinder sind keine Versuchskaninchen. Das ist mit uns nicht zu machen.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, jetzt noch einmal kurz zum Stichwort Entgeltgleichheit. Wir haben gesagt: Wir müssen dafür sorgen, dass sich Väter und Mütter auf die Kinderbetreuung verlassen können. Das ist ein wichtiger Punkt, um zu gewährleisten, dass es nur wenige Auszeiten gibt. Für uns als christlich-liberale Regierung ist wichtig, dass wir uns nicht nur zu der Zeit der Geburt eines Kindes kümmern, sondern auch eine Lebenslaufperspektive haben und uns fragen: Wo gibt es in einem Lebenslauf Brüche, die dazu führen, dass der Lohn bzw. das Entgelt sinkt? Hier müssen wir ansetzen.

Wir glauben auch, dass es Sinn macht, sich noch einmal speziell mit der Pflegezeit zu befassen.

Die Ministerin hat bereits gesagt, dass die Verdienstunterschiede zu Beginn der Ausbildung mit 2 Prozent nicht groß sind, aber dann schon in der Kindererziehungsauszeit weiter zunehmen und später im Alter noch größer werden, wenn die Auszeit länger war bzw. weil vorrangig Frauen die zweite Auszeit nehmen müssen.

Deswegen ist es wichtig, dass wir den Blick auf die Übergänge im Leben einer Frau oder eines Mannes richten. Der Wiedereinstieg ist ein sehr wichtiger Punkt, den wir in den Blick nehmen müssen.

(Christel Humme [SPD]: Reparaturbetrieb!)

Ingrid Fischbach

- (A) Die Ministerin hat das Programm „Perspektive Wiedereinstieg“ auf den Weg gebracht. Damit zeigen wir: Wir wollen die Möglichkeiten unterstützen, dass Frauen wieder leichter zurück in den Beruf kommen.

Ganz wichtig ist für uns, dass wir eine Bewertung der typischen Frauenberufe vornehmen. Dabei sind auch die Tarifparteien und die Tarifpartner gefragt. Hier geht mein Appell an die Tarifpartner. Meine Fraktion und auch ich können nicht nachvollziehen, dass Muskelkraft nur bei Maurern höher bewertet wird. Muskelkraft ist auch bei einer Pflegekraft wichtig und muss genauso honoriert werden wie im Fall des Maurers.

(Christel Humme [SPD]: Appelle! Appelle!
Sonst nichts!)

Wir wollen nicht, dass Verantwortung für Strukturen und Maschinen höher bewertet wird. Wir wollen nicht – auch darin unterscheiden wir uns von Ihnen –, dass jetzt alle Frauen in die typischen Männerberufe gehen, sondern dass auch die Berufe, in denen die Übernahme von Verantwortung für Menschen eine große Rolle spielt, zu einer Höher- und Betterbewertung kommen. Das ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit und des zukünftigen gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Ein letzter Punkt, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ein Punkt ist zu viel.

- (B) **Ingrid Fischbach** (CDU/CSU):

Ein letzter Satz. – Meine Damen und Herren, wir wollen kein Entgeltgesetz, das zu mehr Bürokratiekosten, Verwaltungsaufwand und zur Einschränkung der Tarifautonomie führt.

Wir wollen im September antreten, und wir werden im September gewinnen. Denn wir wollen Fortschritte in der Gleichstellungspolitik.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin.

Ingrid Fischbach (CDU/CSU):

Sie haben es schon mit Kanzler Schröder nicht geschafft, der von „Familie und Gedöns“ sprach.

(Christel Humme [SPD]: Jetzt greifen Sie aber in die Mottenkiste!)

Wollen Sie jetzt mit Peer Steinbrück antreten, einem Kandidaten, der – das ist mein letzter Satz – sagt: „Frau Merkel ist beliebt, weil sie einen Frauenbonus hat“? Mit dem können Sie antreten. Wir haben keine Angst.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Willi Brase hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Willi Brase (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Gustav Heinemann, der ehemalige Bundespräsident, hat zur heutigen Thematik seinerzeit ausgeführt – ich zitiere –:

Gleichberechtigung zielt darauf ab, dass Männer und Frauen unsere Gesellschaft in voller Gleichwertigkeit dessen, was sie an körperlichen, geistigen und seelischen Verschiedenheiten einbringen, miteinander gestalten.

Ich finde, damit hatte Gustav Heinemann sehr recht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Schauen wir uns die Realität an, dann müssen wir, wie schon viele Vorredner dargestellt haben, einiges sehr kritisch zur Kenntnis nehmen. Wenn wir Zahlen aus der Arbeitswelt betrachten, dann sehe ich wenig, was die Regierung bzw. diese Koalition auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Lohnungleichheit ist sehr unterschiedlich. Bei ungelernten Arbeiterinnen liegen die Frauen gegenüber den Männern um 8,3 Prozent im Minus, bei angelernten Arbeiterinnen um 14,3 Prozent, bei Fachkräften um 11,3 Prozent, bei höher qualifizierten Fachkräften um 14,3 Prozent und bei Frauen in leitender Stelle um 21,3 Prozent. Allein diese Zahlen zeigen, dass in den letzten dreieinhalb Jahren von dieser Koalition nichts bis gar nichts gemacht wurde, um dies zu verändern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wie kommt es eigentlich dazu, dass wir nach wie vor diese Lohnunterschiede haben? Hat das vielleicht auch etwas mit der Struktur der dualen Berufsausbildung zu tun? Ist es nicht heute so, dass nur 40 Prozent der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge mit jungen Frauen abgeschlossen werden? 75,4 Prozent aller Ausbildungsanfängerinnen sind in nur 25 Berufen zu finden.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an Verkäuferinnen, Arzthelferinnen, Lebensmittelverkäuferinnen usw. usf. Das sind alles Berufe, teilweise mit zweijähriger Ausbildung. In diesen Berufen sind nachher die Verdienstmöglichkeiten entsprechend schlechter und die Lohnunterschiede werden deutlich.

Ich finde, hier muss sich etwas ändern. Geschlechtersensibilität bei Lehrerinnen und Lehrern, aber auch bei den Eltern, was die Berufswahl angeht, ist wichtig. Deshalb begrüßen wir es, dass zumindest neun Bundesländer sich auf den Weg machen und versuchen, mit dem neuen Übergangssystem hier eine wesentlich stärkere Spreizung zu erreichen und den jungen Mädchen auch mehr Chancen auf den Weg zu geben.

(Beifall bei der SPD)

Wir können ein Stück weiter gehen und fragen – das wurde teilweise schon angesprochen –: Wo bleiben denn Frauen? Ist es nicht so, dass unsere Gesellschaft ein Stück weit davon lebt, dass die Frauen Arbeitsplätze ein-

Willi Brase

- (A) nehmen und Tätigkeiten ausführen, die schlechter bewertet werden, dass sie ehrenamtlich tätig sind? Wenn ich nur den Bereich der Erziehung ansehe, muss ich feststellen: Es gibt heute noch Frauen, die haben ihre Kinder großgezogen und dafür wenig oder nichts bekommen, und kaum sind die Kinder aus dem Haus, können die Frauen ihre Eltern, ihre Schwiegereltern pflegen – ein Leben lang mit wenig Unterstützung, mit wenig Geld.

In dem Gutachten „Neue Wege – gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf“ wird zu den schlechteren Chancen von Frauen im Verhältnis zu Männern ausgeführt – ich zitiere –:

Die vollzeitschulische Ausbildung in den personenbezogenen Dienstleistungen zementiert mit uneinheitlichen Qualifikationsprofilen und fehlenden bundesweiten Standardisierungen den geringeren Professionalisierungsgrad vieler typischer Frauenberufe.

Das haben wir zu ändern versucht. Bei der Pflegeausbildung hat damals das Bundesland Bayern das Bundesverfassungsgericht angerufen: Zweijährige, teilweise einjährige Maßnahmen waren das Ziel. Die Professionalisierung und Aufwertung dieser Berufe wie auch deren bessere Bezahlung ist überfällig.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Frauen arbeiten mehr in personen- und dienstleistungsbezogenen Berufen. Diese Tätigkeiten werden wesentlich schlechter bezahlt als Berufe, in denen Facharbeiter mit Material, mit Maschinen arbeiten. – Ich sehe bei der Koalition Nicken. Das ist schön. Aber was ist in den letzten dreieinhalb Jahren in diesem Verhältnis passiert? Es hat kaum bis gar keine Änderungen gegeben. Dort müssen wir einiges mehr auf den Weg bringen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Rita Pawelski [CDU/CSU]: Das müssen die Tarifpartner machen! Das können wir nicht machen! – Ingrid Fischbach [CDU/CSU]: Das ist nicht erst seit gestern bekannt! Auch nicht erst seit dreieinhalb Jahren!)

Wir wollen, dass an dieser Stelle stärker über die duale Ausbildung diskutiert und Entsprechendes auf den Weg gebracht wird.

Kollegin Ferner hat eben darauf hingewiesen, dass die SPD dieses Jahr ihr 150-jähriges Bestehen feiert. Wie ich vorhin bewusst Gustav Heinemann zitiert habe, so will ich zum Abschluss meiner Rede noch August Bebel zitieren, der vor über 100 Jahren Folgendes in seinem wegweisenden und bahnbrechenden Buch *Die Frau und der Sozialismus* ausgeführt hat – ich zitiere –:

Die Frau der neuen Gesellschaft ist sozial und ökonomisch vollkommen unabhängig, sie ist keinem Schein von Herrschaft und Ausbeutung mehr unterworfen, sie steht dem Manne als Freie, Gleiche gegenüber und ist Herrin ihrer Geschicke.

Wenn wir es daran messen, haben wir noch verdammt viel zu tun. Ich bin sicher, nach dem 22. September, in anderer Konstellation, wird uns das gelingen. (C)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Rita Pawelski [CDU/CSU]: So spricht man sich Mut zu! Laut Umfrage bekommen Sie 25 Prozent! – Gegenruf der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hauptsache, die Ambitionen reichen!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Nadine Schön hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nadine Schön (St. Wendel) (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Debatte findet auch statt mit Blick auf den Weltfrauentag, der am Freitag kommender Woche, am 8. März, stattfinden wird. Ich finde, wir sollten an diesem Tag wenigstens eine Sekunde auch an die Frauen in der Welt denken, denen es nicht so gut geht wie uns, die ganz andere Probleme haben als die, über die wir heute zu Recht diskutieren. Wir sollten am Weltfrauentag auch an die Frauen in der Welt denken, die im Krieg leben, die Gewalt erfahren, die vergewaltigt werden, die unter Hunger und Unterdrückung leiden. Der Weltfrauentag ist nämlich nicht nur ein Tag für uns Frauen in Deutschland, sondern für alle Frauen auf der Welt. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Wir sind heute sehr auf uns selbst zentriert. Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, um auch noch all den Frauen in Deutschland zu danken, die in den unterschiedlichsten Verbänden und Berufen für die Gesellschaft arbeiten und sich vor allem auch für Frauen einsetzen. Auch die vielen Frauen, die sich ehrenamtlich für Frauen einsetzen, sollten am Weltfrauentag nicht zu kurz kommen. Deshalb von dieser Stelle aus ein herzliches Dankeschön an diese Frauen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es ist in den Reden, denke ich, sehr deutlich geworden: Es gibt noch viele Probleme in unserem Land, es gibt noch viel zu tun. Wir haben noch Probleme in Bezug auf die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern und die Erwerbsbeteiligung von Frauen, in Bezug auf Frauen in Führungspositionen, und uns eint die Überzeugung, dass wir noch viel tun müssen.

Wenn ich Ihre Anträge lese, die sehr ausführlich sind, dann sehe ich, dass wir hinsichtlich des Weges in vielen Punkten übereinstimmen. Sie schlagen vieles vor, was auch schon Teil unserer Regierungspolitik ist und was Sie auch im Koalitionsvertrag finden.

Nadine Schön (St. Wendel)

- (A) Es ist schön, dass wir in einigen Punkten Übereinstimmung haben, aber wir müssen auch festhalten: Mit vielem, was Sie vorschlagen, springen Sie zu kurz, und bei vielen Dingen ignorieren Sie einfach die Realitäten.

Fangen wir einmal beim Thema Entgeltungleichheit an: Abgesehen davon, dass Frau Bärbel Höhn von Bündnis 90/Die Grünen es scheinbar völlig okay findet, dass sie ihren Mitarbeitern 4 Euro pro Stunde bezahlt, wie man kürzlich in der Zeitung nachlesen konnte

(Ingrid Fischbach [CDU/CSU]: 4 Euro! Das hat sie nicht einmal dementiert! Das kann man jeden Tag lesen!)

– genau, das kann man in ihrer Stellenausschreibung noch einmal nachlesen –,

(Katja Dörner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war gar nicht ihre Stellenausschreibung! Wenn, dann muss man auch korrekt lesen!)

muss ich Sie zu dem Entwurf für ein Entgeltgleichheitsgesetz, den Sie hier heute propagiert haben, fragen: Meinen Sie wirklich, dass man damit die Entgeltungleichheit in unserem Land beseitigt?

(Rita Pawelski [CDU/CSU]: Nein!)

Für die, die das nicht wissen, will ich das noch einmal wiederholen: Bündnis 90/Die Grünen und SPD schlagen vor, dass in Deutschland zukünftig jedes Unternehmen ab 15 Mitarbeitern eine Untersuchung durchführen, einen Bericht erstellen und seine Gehaltsstrukturen offenlegen soll.

- (B)

(Christel Humme [SPD]: Ist doch kein Problem! Das haben die Unternehmen doch alles im Computer! Kein Thema!)

Das heißt, über 300 000 Unternehmen in Deutschland müssten Berichte anfertigen, die dann von der Antidiskriminierungsstelle bewertet werden können.

Meinen Sie wirklich, dass uns 300 000 Berichte weiterbringen? Meinen Sie wirklich, dass die Antidiskriminierungsstelle die richtige Stelle ist, um über diese 300 000 Unternehmen zu urteilen und abschließend zu entscheiden, ob hier Lohnungleichheit vorherrscht oder nicht?

(Christel Humme [SPD]: Ach Gott!)

In der Anhörung, die Sie ja eben angesprochen haben, haben selbst Ihre Sachverständigen gesagt: Die Antidiskriminierungsstelle darf hier nicht das letzte Wort haben. Das müssen in Deutschland immer noch die Gerichte entscheiden. Viele Sachverständige haben auch gesagt: Die Bürokratie, diese Unwucht an Berichten und Überprüfungen, steht wirklich in keinem Verhältnis zum Anspruch und dem an sich lobenswerten Ziel, das Sie verfolgen. Das ist wirklich der falsche Weg.

Ich darf hier eine Überschrift des *Spiegels* vom 21. Januar 2013 bemühen. Dort stand: „Placebo-Politik“. Das ist wirklich Placebo-Politik!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP) (C)

Kollege Brase, Sie haben die Probleme sehr gut geschildert und auch die Ursachen benannt, auf den Gesetzentwurf sind Sie aber gar nicht eingegangen. Deshalb würde mich einmal interessieren, ob alle in der SPD-Fraktion hinter dem Gesetzentwurf stehen.

(Christel Humme [SPD]: Ja, alle!)

Was zum Beispiel wirklich hilft, ist das Forschungsprojekt „Tarifverhandlungen und Equal Pay“. Vielleicht kennen Sie das nicht. Sie sagen, das Problem liege in den Ungleichgewichten zwischen den Frauen- und den Männerberufen. Deshalb muss man doch gerade bei den Tarifparteien ansetzen, die diese Bewertung vornehmen. Deswegen ist das der richtige Ansatzpunkt. Hierauf müssen wir den Fokus legen. Das sind die Verantwortlichen, und die müssen wir auch in die Verantwortung nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Christel Humme [SPD]: Steht im Gesetzentwurf! Das haben Sie nicht gelesen!)

Wir müssen Strukturen ändern. Ich denke, das haben meine Vorrednerinnen schon sehr gut erwähnt. Mit Placebos und Bürokratie kommen wir hier keinen Schritt weiter. Wir brauchen Programme für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Frau Kollegin Fischbach ist sehr gut darauf eingegangen, was wir im Bereich der Kinderbetreuung getan haben.

Wir brauchen Maßnahmen zur eigenen Altersvorsorge von Frauen. Hier muss ich sagen: (D)

(Caren Marks [SPD]: Betreuungsgeld!)

Ab Juli gibt es die Möglichkeit – Sie haben das Betreuungsgeld angesprochen –, das Betreuungsgeld in eine Rente zu investieren. Sie sagen zu der Frau, die auch dann noch für ihr Kind da sein möchte, wenn es 12 oder 14 Monate alt ist und gerade laufen und sprechen lernt: Du hast in Bezug auf deine Rente halt Pech gehabt. Wir sagen: Du bekommst Geld, das du für deine Rente anlegen kannst. Das hilft konkret gegen den Gender Pension Gap.

Das ist konkrete Politik und mehr als Lippenbekenntnisse. Darauf sollten wir auch einen Fokus legen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Christel Humme hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Christel Humme (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Liebe Frau Schröder, wenn es eines Beweises bedürft hätte, dass Gleichstellungspolitik in der Regierung gescheitert ist, dann war es Ihre Rede.

(Dr. Peter Tauber [CDU/CSU]: Unmöglich!)

Christel Humme

- (A) Denn ich habe gehört, dass Sie erwarten, dass dann, wenn Ihre Kinder so weit sind, eine Verbesserung eingetreten sein wird: Das heißt: wenn Ihre Kinder und meine Enkelkinder so weit sind. – Ich sage Ihnen: Ich habe keine Lust mehr, so lange zu warten. Ich möchte jetzt Entscheidungen, was ich bei Ihnen absolut vermisste.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Pawelski, wie oft haben wir hier diskutiert, und wie oft haben Sie gesagt, die Zeit der Freiwilligkeit sei vorbei? Da stimmen wir völlig überein. Wir haben die Erfahrung gemacht: Zwölf Jahre freiwillige Vereinbarungen haben nicht einen einzigen Schritt nach vorn gebracht. Das ist Fakt; das können wir ablesen. Aber gerade weil auch Sie das Ende der Freiwilligkeit immer eingefordert haben, wundere ich mich, dass Sie einen Antrag vorlegen, der wieder auf Freiwilligkeit fußt. Ich denke, da haben Sie überhaupt nichts dazugelernt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen doch ganz genau: Wir müssen etwas tun, wir müssen die Strukturen verändern. Das schaffen wir doch aber nicht mit Freiwilligkeit. Wir wissen doch, warum Frauen benachteiligt sind: wegen der bestehenden Rahmenbedingungen, wegen der bestehenden Gesetze und natürlich auch wegen der bestehenden generellen Strukturen. Frau Laurischk, da nutzt es überhaupt nichts, zu sagen: Die Männer müssen sich ändern; sie müssen sich auch der Teilzeitbeschäftigung widmen. – Das werden Sie auf freiwilliger Basis nicht hinbekommen. Warum sollte ein Mann freiwillig seine Macht abgeben?

(B)

(Widerspruch bei der FDP)

Das wird er nicht tun, weil er wie die Frau Angst hat, einen Karriereknick zu erleben, wenn wir die Strukturen nicht ändern.

(Beifall bei der SPD)

Der schlimmste Fehler, den Sie, Frau Schröder, gemacht haben, ist, dass Sie den Gleichstellungsbericht noch nicht einmal entgegengenommen haben. Dafür haben Sie Herrn Kues geschickt.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ganz traurig!)

Sie haben ihn auch nicht gelesen

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lesen bildet!)

und ihn in der untersten Schublade versenkt. Wenn Sie die Empfehlungen gelesen hätten, wären Sie sicherlich zu einem ganz anderen Antrag gekommen als zu dem, den Sie jetzt vorlegen.

Der Bericht zeigt uns doch ganz klar auf, wo es Benachteiligungen gibt. Dort heißt es: Frauen tragen im Lebensverlauf größere Risiken als die Männer. Bei Trennung, Scheidung oder bei Tod des Partners ist ihr Risiko, arm zu werden, am größten. Die Frauen, die heute im Rentenalter sind, haben im Lebensverlauf durchschnitt-

lich 58 Prozent weniger verdient als die Männer, und sie erhalten heute 48 Prozent dessen, was die Männer durchschnittlich an Rente beziehen. – Wenn Sie diese Lebenslaufperspektive aus dem Gleichstellungsbericht angenommen hätten, dann hätten Sie sich sicherlich gefragt, was Sie tun und nicht nur fordern müssen, und dann hätten Sie einen Antrag gestellt, mit dem diese bestehenden Ungerechtigkeiten endlich beseitigt werden. Aber Sie legen die Hände in den Schoß und glauben, es bewege sich freiwillig etwas.

(C)

Es wundert nicht, dass in Ihrem Antrag ein konkretes Leitbild zur Gleichstellung fehlt. Uns ist doch klar: Echte Gleichstellung gibt es nur dann, wenn Männer und Frauen die gleichen Chancen haben, eine Arbeit aufzunehmen und für ihre Existenz zu sorgen. Niemand darf in eine bestimmte Rolle gedrängt werden. Hätten Sie dieses Leitbild des Berichts angenommen, dann hätten Sie den Nerv der 80 Prozent Frauen getroffen, die Beruf und Familie in Einklang bringen wollen und dann hätten Sie auch den Nerv der Männer, die sich mehr um Familie kümmern wollen, getroffen. Aber das haben Sie nicht getan.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben ja schon öfter über Ihre Analyse gesprochen. Sogar Sie stellen fest, die größte Ungerechtigkeit sei, dass sich Frauen in der Teilzeitfalle befinden und schlechter bezahlt werden als Männer. Aber es gibt keine Lösung.

Heute hat der Bundesrat den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn beschlossen,

(D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und zwar auf Antrag von SPD und Grünen.

(Zuruf der Abg. Ingrid Fischbach [CDU/CSU])

– Das Saarland hat zugestimmt. – Wenn Sie das wirklich wollen, Frau Fischbach, wenn Sie es ernst meinen mit der Gleichstellung, dann können Sie dem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn nur zustimmen, weil der dafür sorgt, dass die Lohnlücke für Frauen geringer wird, und darum geht es uns. Das wäre ein erster Schritt.

(Zuruf der Abg. Ingrid Fischbach [CDU/CSU])

– Es nutzt gar nichts, dass Sie mich jetzt anschreien.

Stimmen Sie im Bundestag der Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns zu! Das wäre ein Beitrag zur Gleichstellung. Schauen Sie, dass Sie in der Gleichstellung etwas umsetzen, wie wir es in unserem Antrag dargestellt haben. Aber ich glaube, für die Umsetzung von Gleichstellung ist Schwarz-Gelb einfach zu schwach.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(A) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat für die Fraktion der CDU/CSU Rita Pawelski das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Rita Pawelski (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

... es ist bestürzend, dass Deutschland EU-weit zu den Ländern mit den größten Vergütungsunterschieden zwischen Männern und Frauen zählt. Angesichts des internationalen Wettbewerbs um Fachkräfte können wir es uns als Standort Deutschland nicht erlauben, die Hälfte der Leistungsträger unserer Gesellschaft aufgrund ihres Geschlechts abzuwerten. Frauen und Männer müssen die gleichen Chancen auf Anerkennung ihrer Leistungen erhalten und auch gleiche Perspektiven.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dieses Zitat stammt nicht etwa von einer Frauenrechtlerin oder den üblichen Verdächtigen in Sachen Gleichstellung, Frauenquote oder gleiche Bezahlung. Nein, dieses Problembewusstsein hat Thomas Sattelberger bewiesen. Er war bis vor einigen Monaten immerhin Manager eines DAX-Unternehmens, nämlich der Deutschen Telekom.

Dieses Zitat zeigt: Gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit ist kein gleichstellungspolitisches Gedöns. Es geht dabei vielmehr um knallharte Wirtschaftsinteressen. Es geht darum, dass Unternehmen in Zeiten von demografischem Wandel und Fachkräftemangel attraktiv für fähige und motivierte Mitarbeiter sind. Es geht um unsere Wettbewerbsfähigkeit. Es geht um die Zukunft unseres Landes. Das sollte mittlerweile in den Chefetagen angekommen sein. Deshalb – das sage ich hier ganz ehrlich – kann ich es nicht verstehen, dass wir uns heute immer noch über Gehaltsunterschiede von Männern und Frauen unterhalten, trotz Equal Pay Day, trotz Lohnstufenverfahren Logib-D, trotz der Vereinbarung der Spitzenverbände der Wirtschaft von 2001 auf Chancengleichheit in der Privatwirtschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, jetzt komme ich zu Ihnen. Damals, 2001, haben Sie regiert.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Aber wir sind jetzt zwölf Jahre weiter!)

Die einzige große frauenpolitische Tat in der Schröder-Zeit zwischen 1998 und 2005 war, dass Sie versucht haben, der Schröder-Regierung einen frauenpolitischen Stempel aufzudrücken, indem Sie beantragt haben, dass Frauen in Führungspositionen stärker berücksichtigt werden sollen.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Durch Wiederholungen wird es nicht besser!)

Sie haben sich aber von Schröder in den Senkel stellen lassen und wurden *so* klein. Das Elterngeld haben Sie

angekündigt. Wir haben es unter der Merkel-Regierung umgesetzt. Wir haben doch erst die frauenpolitischen Maßnahmen durchgeführt,

(Christel Humme [SPD]: Weil Sie die SPD im Rücken hatten!)

die Sie angedacht und angekündigt haben.

(Ingrid Fischbach [CDU/CSU]: Aber nicht umgesetzt haben!)

Aber Sie hatten keinen Mumm, sie umzusetzen. Das sind doch die Fakten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Unter Schröder gab es hier in Deutschland doch ein familien- und frauenpolitisches Loch. Da war doch gar nichts. Der Macho vor dem Herrn hat Sie doch als Gedöns beiseitegestellt. Da fand nichts statt. Darum finde ich es ein bisschen vermessen, dass Sie, die Sie jetzt hier auf den Bänken der Opposition sitzen, dicke Backen machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU –
Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Wir haben dazugelernt! Das ist der Unterschied!)

Sie werfen uns und der Ministerin vor, es sei nichts passiert. Alles, was im Bereich Betreuung umgesetzt wurde, wurde jetzt umgesetzt.

(Ingrid Fischbach [CDU/CSU]: So ist das!)

Alles, was wir in Sachen „Frauen in Führungspositionen“ erreicht haben, ist in den letzten Jahren passiert. Zwischen 2001 und 2010 gab es *eine* Frau in den Vorständen der DAX-Unternehmen

(Abg. Christel Humme [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– ich beantworte keine Zwischenfragen; ich habe zu wenig Zeit –;

(Caren Marks [SPD]: Sehr unsouverän!)

jetzt gibt es dort 15 Frauen. Das haben wir erreicht – ich muss sagen: gemeinsam –, indem wir Druck gemacht haben. Ich gebe ehrlich zu: Das reicht mir nicht. Aber: Statt einer Frau 15 Frauen, das ist ein Erfolg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Christel Humme [SPD]: Von wie vielen? Von 900 Personen! Was ist das für ein Erfolg?)

Wie es auch sei: Dass in Deutschland Frauen weniger als Männer verdienen, ist ein Skandal. Das sage ich ganz deutlich. Egal ob 25 Prozent, 22 Prozent, 11 Prozent oder 2 Prozent – jede Lücke ist eine Ohrfeige für die Frauen, jede Lücke ist eine Ohrfeige für die Gleichberechtigung. Dieser Missstand hat natürlich auch etwas damit zu tun, dass Mädchen immer noch die falschen Berufe ergreifen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich mache seit über 20 Jahren Frauenpolitik. Insofern kenne ich die beliebtesten Berufe der Mädchen. Diese haben sich in den vergangenen 20 Jahren leider nicht geändert. Das ist immer noch die Verkäuferin, die

Rita Pawelski

- (A) MTA, die Friseurin usw. Das sind die Berufe, die Mädchen bzw. Frauen gerne ergreifen, obwohl man weiß, dass diese Berufe schlecht bezahlt werden. – Liebe Mädchen, sucht euch bitte auch einmal andere Jobs! Wählt Männerberufe!

(Mechthild Rawert [SPD]: Das ist verantwortungslos, was Sie da machen!)

Es bringt euch nicht weiter, wenn ihr nur reine Frauenberufe wählt.

Natürlich müssen wir auch zusehen, dass diese Berufe besser bezahlt werden. Ich sage aber ganz deutlich, dass das nicht Sache der Politik ist. Das ist Sache der Tarifpartner. Diese haben in erster Linie dafür Sorge zu tragen, dass sich die Rahmenbedingungen ändern. Tarifverträge wie die in Sachsen mit einem Stundenlohn einer Friseurin von 3,60 Euro haben nicht wir, die Politik, abgeschlossen; das waren die Tarifpartner. Wir appellieren an sie, hier endlich mehr zu tun.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin!

Rita Pawelski (CDU/CSU):

Darf ich noch einen Satz sagen? – Wir haben schon oft über Frauen in Führungspositionen geredet. Es wunderte mich sehr, dass es gerade in diesem Bereich die größten Gehaltsunterschiede gibt. Frauen in Führungspositionen bekommen 30 Prozent weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen.

(B)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin!

Rita Pawelski (CDU/CSU):

Aufgrund dieser Tatsache müsste es doch eigentlich viel mehr Frauen auf dieser Ebene geben, weil das doch ein großer Vorteil für die Unternehmen ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Mechthild Rawert [SPD]: Frauen bezahlen sich selbst!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat jetzt der Kollege Dr. Peter Tauber das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Peter Tauber (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Liebe Kollegen und vor allem liebe Kolleginnen! Man muss in der Tat festhalten: Hier sitzen viele – vor allem Kolleginnen –, die sich schon seit vielen Jahren engagiert um das Thema Gleichstellung kümmern. Diesen Kolleginnen und vielleicht auch dem einen oder anderen Kollegen, der sich des Themas angenommen hat, gilt ein ordentliches Dankeschön.

(Christel Humme [SPD]: Sie sind doch bestimmt die Speerspitze der männlichen Gleichstellungspolitik!)

(C)

– Immerhin lässt meine Fraktion mich reden, Frau Kollegin. Das ist schon einmal ein großer Vertrauensbeweis. Dem versuche ich nun auch gerecht zu werden.

Die Wahrheit ist aber auch, dass viele, die sich in den vergangenen Jahren und vielleicht sogar Jahrzehnten sehr engagiert darum gekümmert haben, nicht immer die Aufmerksamkeit für ihr Thema gefunden haben, die sie sich selbst gewünscht haben. Auch das muss man feststellen.

(Mechthild Rawert [SPD]: Und? Was heißt das?)

Wenn ich mir die Gleichstellungspolitikerinnen und Gleichstellungspolitiker von Rot-Grün anschau, habe ich ehrlich gesagt den Eindruck, dass diese erst seit drei Jahren so richtig aufblühen bei der Frage, was man alles machen könnte, was alles notwendig wäre – vielleicht auch deshalb, weil das zuvor nicht so umgesetzt werden konnte – lassen Sie es mich ein bisschen zurückhaltend formulieren –, wie sie es sich vorgestellt haben. An dieser Stelle ist es vielleicht angebracht, an Max Weber zu erinnern. Max Weber hat den wunderschönen Satz geprägt von den dicken Brettern, die man in der Politik bohren muss. Wir stellen auch bei diesem Thema fest, dass es dicke Bretter sind, die es zu bohren gilt.

Ich sage aber – das ist ein freundschaftlich gemeinter Rat, den ich Ihnen als letzter Redner in dieser Debatte gern mitgeben möchte –: Seien Sie vorsichtig mit vollmundigen Ankündigungen!

(D)

(Mechthild Rawert [SPD]: Wir haben Gesetzentwürfe!)

Die Kollegin Pawelski hat es Ihnen bereits zugerufen. Sie haben einmal einen Kanzler gestellt, der dieses Politikfeld als „Gedöns“ abqualifiziert hat.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Wie hieß der denn?)

Die Wahrscheinlichkeit, dass es im September für Rot-Grün reicht – da sind wir alle entspannt –, ist ja nicht sehr groß.

(Willi Brase [SPD]: Das haben Sie vor Niedersachsen auch gesagt! Da haben Sie einen auf den Deckel gekriegt!)

Die sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen haben aber einen Kanzlerkandidaten nominiert, der sehr klar formuliert hat, was er von Entgeltgleichheit mit Blick auf die Kanzlerin hält. Er hat nämlich gesagt, eigentlich verdiene die Kanzlerin im Vergleich zu ihm, wenn er einmal Kanzler sei, viel zu wenig. Das ist ein Verständnis von Entgeltgleichheit, das sehr spannend ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Mechthild Rawert [SPD]: Falsch zitiert!)

Insofern seien Sie vorsichtig mit dem, was Sie jetzt vollmundig ankündigen! Sie müssen das erst einmal umset-

Dr. Peter Tauber

- (A) zen. Den Beweis, dass Sie das umsetzen, sind Sie in der Vergangenheit schuldig geblieben.

Kommen wir einmal zu zwei, drei Aspekten, die in der Tat wichtig sind.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zum Inhalt! Super!)

Wir haben über die gestiegene Erwerbstätigenquote der Frauen gesprochen und sind schon auf das Problem eingegangen, dass Frauen dennoch nicht Jobs haben, die dazu führen, dass sich die Gehaltslücke schließt. Die Gehaltsunterschiede betragen 22 Prozent in absoluten Zahlen und 8 Prozent bei vergleichbarer Qualifikation und Tätigkeit.

In Ihrem Antrag steht auch wieder der Mindestlohn; er ist ja Ihr Allheilmittel gegen alles. Die Wahrheit ist aber, dass die Hans-Böckler-Stiftung herausgefunden hat, dass bei den vollzeitbeschäftigten hochqualifizierten jungen Frauen die Gehaltslücke zu den Herren der Schöpfung am größten ist.

(Christel Humme [SPD]: Natürlich! Das ist auch ein Problem!)

Der Mindestlohn ist doch keine Antwort auf diese Feststellung.

(Christel Humme [SPD]: Das habe ich auch nicht gesagt!)

Da ist es wieder, das reflexartige Festbeißen am Mindestlohn.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Mechthild Rawert [SPD]: Wir fordern auch nicht den Mindestlohn für Sie!)

– Auch durch Ihre Zwischenrufe wird es nicht richtiger. Ich versuche einfach, darüber hinwegzureden. Das ist aber nicht ganz leicht angesichts Ihrer Lautstärke. – Der Mindestlohn ist hier keine Antwort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist zunächst einmal gut, wenn die Erwerbstätigenquote der Frauen steigt. Was wäre denn die Alternative? Dass sie nicht erwerbstätig sind?

Wir müssen uns auch fragen, was wir vorschreiben, und berücksichtigen, dass die Prozesse lange dauern. Das Elterngeld, das hier genannt wurde, ist ein gutes Beispiel dafür. Es war von Anfang an klar, dass es nicht von heute auf morgen dazu führt,

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Sie haben vier Jahre Zeit gehabt!)

dass alle jungen Väter völlig begeistert sagen: Hurra, auch ich nehme Elternzeit. – Es war völlig klar, dass die erste Vätergeneration, die das Elterngeld nutzt, sich ungerechtfertigterweise den einen oder anderen dummen Spruch hat anhören müssen. Inzwischen ist das Alltag und Selbstverständlichkeit. Deswegen kann man Impulse setzen. Aber man sollte aufhören, den Leuten zu suggerieren: Wir beschließen etwas, und die Welt ändert sich von einem auf den anderen Tag.

(Beifall)

Unsere Gesellschaft ist so nicht. Sie ist vielschichtiger und vielfältiger. (C)

Es ist gut, wenn die Kolleginnen, die sich schon lange mit diesem Thema beschäftigen, nicht nur am Rand von Debattenstunden am Donnerstag spätabends streiten, sondern auch einmal am Freitag, wenn die Sonne scheint. Es ist gut, wenn wir uns alle vornehmen, dass das Thema auf der Agenda bleibt. Aber zu glauben, dass die Welt von heute auf morgen durch das Umlegen eines Hebels bunt und gut wird, ist erschreckend naiv.

(Christel Humme [SPD]: Das hat keiner gesagt! Wenn Sie zugehört hätten!)

Ganz ehrlich: Mit Ihrer Leistungsbilanz aus Ihren Regierungsjahren ist das auch nicht belegbar.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell ist verabredet, die Vorlagen auf den Drucksachen 17/12483, 17/12487 und 17/12497 an die Ausschüsse zu überweisen, die Sie in der Tagesordnung finden. – Damit sind Sie einverstanden. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 39 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Beckmeyer, Dr. Bärbel Kofler, Dirk Becker, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD (D)

Zukunft des „Energie- und Klimafonds“ und der durch ihn finanzierten Programme

– Drucksachen 17/10088, 17/10815 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Norbert Barthle
Carsten Schneider (Erfurt)
Otto Fricke
Dr. Gesine Löttsch
Sven-Christian Kindler

Verabredet ist es, eine Dreiviertelstunde zu debattieren. – Dazu sehe ich keinen Widerspruch. Dann ist auch das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Volkmar Klein hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Volkmar Klein (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe schon ein bisschen Zweifel, ob es uns wirklich weiterbringt, heute über den Antrag der SPD zur Zukunft des Energie- und Klimafonds zu reden. Es ist zwar immer schön, wenn sich die Opposition über den Erfolg der Regierung Gedanken macht und wenn uns die Opposition kritisch begleitet – das macht ihr gut, das ist auch die Aufgabe der Opposition;